

Anschreiben

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem hier vorliegenden Konzept bekunden wir - die Trägergemeinschaft "mitMachen" - unser ausdrückliches Interesse, das Büro für Bürgerbeteiligung in der Landeshauptstadt Potsdam zu einem konstruktiven und kritischen Begleiter von Beteiligungsprozessen aller Art zu entwickeln.

Die Trägergemeinschaft besteht bisher aus dem Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V., der KUBUS gGmbH sowie dem Stadtjugendring Potsdam e.V. und soll zukünftig noch um interessierte Träger erweitert werden.

Alle drei Träger sind in Potsdam seit Jahren engagiert und bestens in der Stadt vernetzt. Überdies haben alle drei vielfältige Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen unterschiedlichster Art und mit verschiedenen Zielgruppen, da die Beschäftigung mit Themen der Beteiligung bereits jetzt zu ihren Kernaufgaben gehört.

Das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V. wird während der Aufbauphase des Modellprojekts im Namen der Trägergemeinschaft die Geschäftsführung des Büros übernehmen.

Die Trägergemeinschaft beabsichtigt nach der Aufbauphase des Büros ihre Struktur in einen eigens zu gründenden Verein - den gemeinnützigen mitMachen e.V. - zu überführen, sodass zukünftig auch weitere Institutionen, Vereine, Initiativen und Einwohner_innen an diesem bisher einzigartigen Projekt teilhaben können.

Der Schritt der Vereinsgründung soll in enger Abstimmung mit der LH Potsdam erfolgen. mitMachen e.V. wird zahlreiche persönliche und institutionelle Unterstützer_innen in das Projekt einbinden.

Wir freuen uns, dass sich bereits jetzt zivilgesellschaftlich engagierte Institutionen bereit erklärt haben, uns bei der Entwicklung des Büros für Bürgerbeteiligung zu unterstützen.

Wir sind der Ansicht, dass dies einen geeigneten Weg darstellt, um dem Anliegen nach einem Mehr an Beteiligung für unsere Stadt gerecht zu werden.

Im Folgenden finden Sie alle nötigen Erklärungen zur Trägergemeinschaft sowie das durch uns erarbeitete Konzept für das verwaltungsexterne Büro für Bürgerbeteiligung in einer überblicksartigen Kurzform und einer detailreichen Langform.

Aufgrund der innovativen und experimentellen Natur dieses Projektes fehlt es an vergleichbaren Beispielen und Erfahrungen aus anderen Städten. Wir sind sicher, dass sich über die in diesem Konzept vorgeschlagenen Methoden hinaus vieles im Laufe des Projekts verändern, entwickeln und ergänzen wird.

Wir sind sehr gespannt darauf und wollen dieses Projekt ambitioniert, professionell und offen für Neues zu einem tollen Erfolg für unser Potsdam machen!

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und freuen uns auf Ihre Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre Trägergemeinschaft "mitMachen"

Potsdam, am 3. Juli 2013

Inhalt

1. ERKLÄRUNG ZUR TRÄGERGEMEINSCHAFT	S. 8
2. SELBSTDARSTELLUNG DER TRÄGER	S. 12
3. STRUKTUR DER TRÄGERGEMEINSCHAFT mitMachen	S. 22
4. ERKLÄRUNGEN ZUM STADTTEILNETZWERK	S. 26
4.1 Eigenerklärung	
4.2 Freistellungsbescheid	
4.3 Satzung	
4.4 Vereinsregisterauszug	
4.5 Referenzen	
5. KONZEPT	S. 40
5.1 Kurzkonzept	S. 42
5.2 Finanzplan	S. 60
5.3 Langkonzept	S. 64
6. UNTERSTÜTZERERKLÄRUNGEN	S. 140
6. IMPRESSUM	S. 158

Büro für Bürgerbeteiligung

1. ERKLÄRUNG ZUR TRÄGERGEMEINSCHAFT



Erklärung zur Interessenbekundung in Trägergemeinschaft

Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.

vertreten durch Daniel Zeller (Geschäftsführer)

Stadtjugendring Potsdam e.V.

vertreten durch Stephanie Pigorsch (Geschäftsführerin)

KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH

vertreten durch Barbara Rehbehn (Geschäftsführerin)

(im folgenden Partner_innen)

bekunden gemeinsam ihr Interesse, das Büro für Bürgerbeteiligung in Potsdam zu betreiben.

Für den Fall, dass die Trägergemeinschaft den Auftrag zum Betreiben des Büros für Bürgerbeteiligung erhält, erklären wir folgendes:

Die rechtliche Trägerschaft und die Geschäftsführung des Büros für Bürgerbeteiligung wird vorläufig bis zur Übergabe an den mitMachen. e.V. durch das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V. übernommen.

Alle Partner_innen werden eine Kooperationsvereinbarung schließen, in der die Arbeitsbereiche, Aufgaben und Zuständigkeiten vereinbart werden. Wir stimmen darin überein, dass mittels dieser Kooperationsvereinbarung eine Arbeitsstruktur geschaffen wird, in der die Entscheidungen zu strategischen Fragen gemeinsam getroffen werden. Hierzu zählen konzeptionelle Änderungen, Personalentscheidungen und Investitionen. Die Umsetzung der Arbeit in den jeweiligen Bereichen findet in Abstimmung mit den anderen Partner_innen in jeweils eigener Verantwortung statt.

In dieser Kooperationsvereinbarung werden darüber hinaus Möglichkeiten vorgesehen, weitere Partner_innen hinzuzunehmen oder einen geregelten Austritt vorzunehmen.

1

Die rechtliche Trägerschaft und die Geschäftsführung des Büros für Bürgerbeteiligung wird baldmöglichst auf den Verein mitMachen. e.V. übertragen, das Verfahren wird im Rahmen der Kooperationsvereinbarung geregelt. Der Verein mitMachen e.V. befindet sich in Gründung und erfüllt aktuell die formalen Zugangsvoraussetzungen für das Interessenbekundungsverfahren noch nicht. mitMachen. e.V. wird vertreten durch die Vorstandsmitglieder Stephanie Pigorsch, Barbara Rehbehn und Daniel Zeller.

Die Partner_innen treten dem mitMachen. e.V. als korporative Mitglieder bei und werden in diesem Rahmen das Büro für Bürgerbeteiligung weiterhin tragen.

Potsdam, 21. Juni 2013



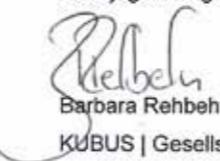
Daniel Zeller

Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.



Stephanie Pigorsch

Stadtjugendring Potsdam e.V.



Barbara Rehbehn

KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH

2



2. SELBSTDARSTELLUNG DER TRÄGER



Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.

Selbstdarstellung

Das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein attraktives, abwechslungsreiches und kreatives bürger-schaftliches und nachbarschaftliches Miteinander im Stadtteil Potsdam-West zu befördern.

Seit 2008 initiiert unser Verein Stadtteilversammlungen als Werkstätten, Konferenzen oder Gespräche, die themenoffen alle Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils einladen, sich an der Entwicklung und Gestaltung zu beteiligen. Die Initiative zur Gründung unseres Vereins 2009 und der Wunsch nach Aufnahme in die Förderung der Landeshauptstadt Potsdam entstanden ebenfalls im Rahmen dieser Stadtteilkonferenzen. Im Unterschied zu der Bürgerhausarbeit in anderen Stadt- und Ortsteilen organisieren wir die Begegnungsarbeit im Stadtteil mobil und dezentral.

An verschiedenen Orten im öffentlichen Raum begleiten wir engagierte Menschen aus der Nachbarschaft mit Ideen und Aktionen und beleben damit die Stadtteilentwicklung. Beispielhaft dafür sind zahlreiche Sport- und Kulturveranstaltungen auf der WESTKURVE (der Spiel- und Freizeitanlage an der Hans-Sachs-Straße), der lebendige Adventskalender in der Brandenburger Vorstadt sowie der Nikolausmarkt auf dem Dr. Rudolf-Tschäpe-Platz und der Ostermarkt in der Stadtheide. Seit 2011 findet jährlich der PLATTENSPIELER – Ein Breakdance-Battle mit Kiezfest - auf der Freifläche DIE PLATTE an der Haeckelstraße statt. Zusammen mit dem Aktionsbündnis „Potsdam bekennt Farbe“ wurde im September 2011 das Toleranzfest auf der Wiese am Schillerplatz gefeiert.

Weitere kontinuierliche Orte unserer Aktivitäten sind der Seniorentreffpunkt Brückebogen 5, die Stadtteilwerkstatt SÄGEWERK und das Atelierhaus SCHOLLE 51, wo sich auch das administrative und logistische Zentrum des Stadtteilnetzwerks befindet.

Gemeinsam mit den Bürger- und Begegnungshäusern in Potsdam entstand 2012 in redaktioneller Verantwortung des Stadtteilnetzwerks die Ausstellung HAUSgemacht, die durch die Stadt- und Ortsteile von Potsdam zieht.

Das Stadtteilnetzwerk kooperiert mit lokalen Bildungseinrichtungen, u.a. der Leonardo Da Vinci Gesamtschule und versucht, Verbindungen zu vielen Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen aufzubauen.

Die Landeshauptstadt Potsdam fördert seit 2010 die Arbeit des Stadtteilnetzwerks Potsdam-West e.V. im Rahmen der Grundförderung für die Bürger- und Begegnungshausarbeit in Potsdam.

Vertretung in kommunalpolitischen Fachgremien

- Arbeitskreis der Bürger- und Begegnungshäuser der LH Potsdam
- Lokales Bündnis für Familie Potsdam Nord-West
- Regionalarbeitskreis Innenstadt / West
- Gruppe Bürgerbeteiligung (Begleitung des Prozesses Bürgerbeteiligung Potsdam)

KUBUS gGmbH

Selbstdarstellung

„KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit“ ist eine gemeinnützige GmbH, die 1996 als Träger für die ehemalige FDJ Jugendeinrichtung alpha gegründet wurde. Nach der Wende war das Haus als Jugendclub nicht mehr funktionsfähig. Unter starker Einbeziehung der Nutzer_innen und Nachbar_innen wurde seit 1993 das Haus für alle Generationen geöffnet und zum Bürgerhaus am Schlaatz weiterentwickelt. Mit der gGmbH wurde eine flexible und offene Organisationsstruktur gefunden, an der die Landeshauptstadt Potsdam weiterhin die Mehrheit hält. Die gGmbH hat in den letzten Jahren vermehrt Aufgaben übernommen, die über die Trägerschaft des Objektes Schilfhof 28 hinausgehen. Dazu zählen auch Projekte in der Arbeit mit Kindern wie die „Stadt der Kinder“ oder das „Kindermusiktheater Buntspecht“. Mit der Übernahme des Mehrgenerationenhauses Treffpunkt Freizeit wurde die GmbH umbenannt und hat ihre Schwerpunkte in den Namen aufgenommen „Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam“

Der Mehrheitsgesellschafter der gGmbH ist die LH Potsdam, außerdem beteiligt ist der Förderverein für Jugend- und Sozialarbeit e.V.

Unser Profil

KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH ist Trägerin von Einrichtungen, Angeboten und Projekten für und mit Bürger_innen in der Stadt Potsdam. Aktuell betreibt sie den Treffpunkt Freizeit, das Bürgerhaus am Schlaatz, den Jugendclub alpha und das Kindermusiktheater Buntspecht.

Die KUBUS versteht sich als Drehscheibe, die soziale, kulturelle und bürgerschaftliche Aktivitäten und Initiativen vernetzt, Kontakte herstellt und Öffentlichkeit schafft.

Wir bieten offen, unkompliziert, freundlich und verlässlich Möglichkeiten, damit Bewohner_innen der Stadt Potsdam kreativ, sportlich, spielerisch, sozial und lernend aktiv werden und an attraktiven, niedrigschwelligen Freizeitangeboten teilnehmen können. Wir unterstützen in unseren Häusern Gruppen, Vereine und Organisationen, so dass sie erfolgreich aktiv sein, arbeiten und feiern können.

Alltägliche und herausragende Angebote der Stadtteilarbeit und der sozial-kulturellen Arbeit werden entwickelt und umgesetzt, diese Angebote sind gemeinwesenorientiert und generationsübergreifend. Sie werden häufig in Kooperationen mit anderen Einrichtungen und Organisationen durchgeführt und zeichnen sich durch eine hohe Methodenvielfalt aus. Sozial-kulturelle Arbeit orientiert sich eng an der Lebenswelt der Teilnehmer_innen und betont die gemeinschaftsstiftenden Aspekte von kreativen und kulturellen Aktivitäten.

Freiwillig und ehrenamtlich Engagierte werden unterstützt, nach eigenen Vorstellungen selbstbestimmt tätig zu werden. Es werden die Voraussetzungen geschaffen, damit das freiwillige Tun erfolgreich sein kann und die notwendige Anerkennung erhält.

KUBUS gGmbH

Begegnung in Potsdam

KUBUS ist Träger des Bürgerhaus am Schlaatz und des Treffpunkt Freizeit in Potsdam. Beide Häuser sind - mit unterschiedlicher Profilierung - Orte, an denen die Ziele der Bürger- und Begegnungshausarbeit in Potsdam umgesetzt werden.

Das Bürgerhaus am Schlaatz hat sich in den letzten Jahren zu einem der großen Veranstaltungsorte in Potsdam und wichtigen sozial-kulturellen Zentrum entwickelt. Mit Sitz im Wohngebiet am Schlaatz und auch nach ihm benannt, hat es sowohl für das Wohngebiet als Drehscheibe und Anlaufpunkt eine große Bedeutung als auch für die gesamte Stadt Potsdam. Hier treffen sich junge und ältere Schlaatzer und Potsdamer_innen, um gemeinsam aktiv zu werden. Im Bürgerhaus am Schlaatz wird getanzt, Sport getrieben, gemalt, musiziert, diskutiert, gelernt, gespielt, gekocht, getöpfert, gefeiert und vieles mehr.

Der Treffpunkt Freizeit ist ein lebendiger und offener Ort, der sowohl im Stadtteil verankert ist, als auch in die gesamte Stadt ausstrahlt. Es ist ein Ort, der von Kindern gestaltet, von Familien angenommen, von Freiwilligen geprägt und von allen Generationen genutzt wird. Im Treffpunkt Freizeit bieten wir ein attraktives und beliebtes Freizeit-, Kultur- und Bildungsprogramm für Kinder, Jugendliche und Erwachsene an.

KUBUS ist ein Träger, der eine hohe Kompetenz und viel Erfahrung im Bereich Bürgerbeteiligung und Begegnungshausarbeit hat.

Vertretung in kommunalpolitischen Fachgremien

- Arbeitskreis der Bürger- und Begegnungshäuser der LH Potsdam
- Regional AG 1 und 3
- AG Jugendförderung (AG nach §78 KJHG)
- Arbeitskreis Potsdamer Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (AKKJ)

Stadtjugendring Potsdam e.V.

Selbstdarstellung

Der Stadtjugendring Potsdam e.V. (SJR) fördert die Belange der Jugendarbeit und stärkt die Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Potsdam. Im SJR haben sich auf Stadtebene im Bereich der Jugendarbeit tätige Organisationen und Jugendverbände (derzeit 24) zusammengeschlossen.

Überparteilich setzt sich der SJR kontinuierlich für die Interessen und die Verankerung von Beteiligungsrechten der jungen Potsdamer_innen ein. Mit dem „Haus der Jugend“, einem Gemeinschaftsvorhaben mit den Projektpartnern Deutsches Jugendherbergswerk Berlin-Brandenburg sowie Landesjugendring Brandenburg, bieten wir zahlreichen Jugendvereinen und -initiativen räumliche Möglichkeiten für ihr Wirken (Seminar- und Büroräume).

Der SJR ist Träger des Kinder- und Jugendbüros, welches als Koordinierungsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung seit 2006 konstant in Potsdam aktiv ist. Das Ziel des Kinder- und Jugendbüros Potsdam ist die Förderung der Partizipation von jungen Menschen in der Stadt Potsdam. Damit nicht nur Vertreter_innen aus Politik und Verwaltung darüber entscheiden, was für Kinder und Jugendliche in Potsdam das Richtige ist, unterstützt das Kinder- und Jugendbüro junge Menschen, sich noch stärker für ihre Belange einzusetzen. Denn ob es sich um Spiel- und Sportplätze, Verkehrsflächen oder Schulräume handelt, Kinder und Jugendliche sind die besten Expert_innen ihrer Lebensräume.

Zu diesem Zweck unterstützt das Kinder- und Jugendbüro Potsdam

- Kinder- und Jugendinitiativen,
- setzt sich für die Beteiligung junger Menschen an kommunalen Planungen ein,
- veranstaltet Kinder- und Jugendforen
- und organisiert projektorientierte Beteiligungsformen, wie z.B. die „Stadt der Kinder“ oder die U18-Wahl.

Wir beraten Multiplikator_innen, die Beteiligungsprojekte in ihren Einrichtungen organisieren. Darüber hinaus setzt sich das Kinder- und Jugendbüro dafür ein, dass die Voraussetzungen in Politik und Verwaltung geschaffen werden, die Bedürfnisse junger Menschen noch stärker zu berücksichtigen (strukturelle Verankerung von Beteiligung in der Kommune).

Der SJR trägt zudem das schulbezogene Projekt „Plan B – Beteiligung macht Schule“ (2012/13) sowie das Freiwilligenprojekt „Jugendkulturschmiede“. Der SJR wird vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie gefördert und finanziert sich weiterhin aus Eigen- sowie Drittmitteln. Regelmäßig erstatten wir dem Jugendhilfeausschuss Bericht über unsere Arbeit.

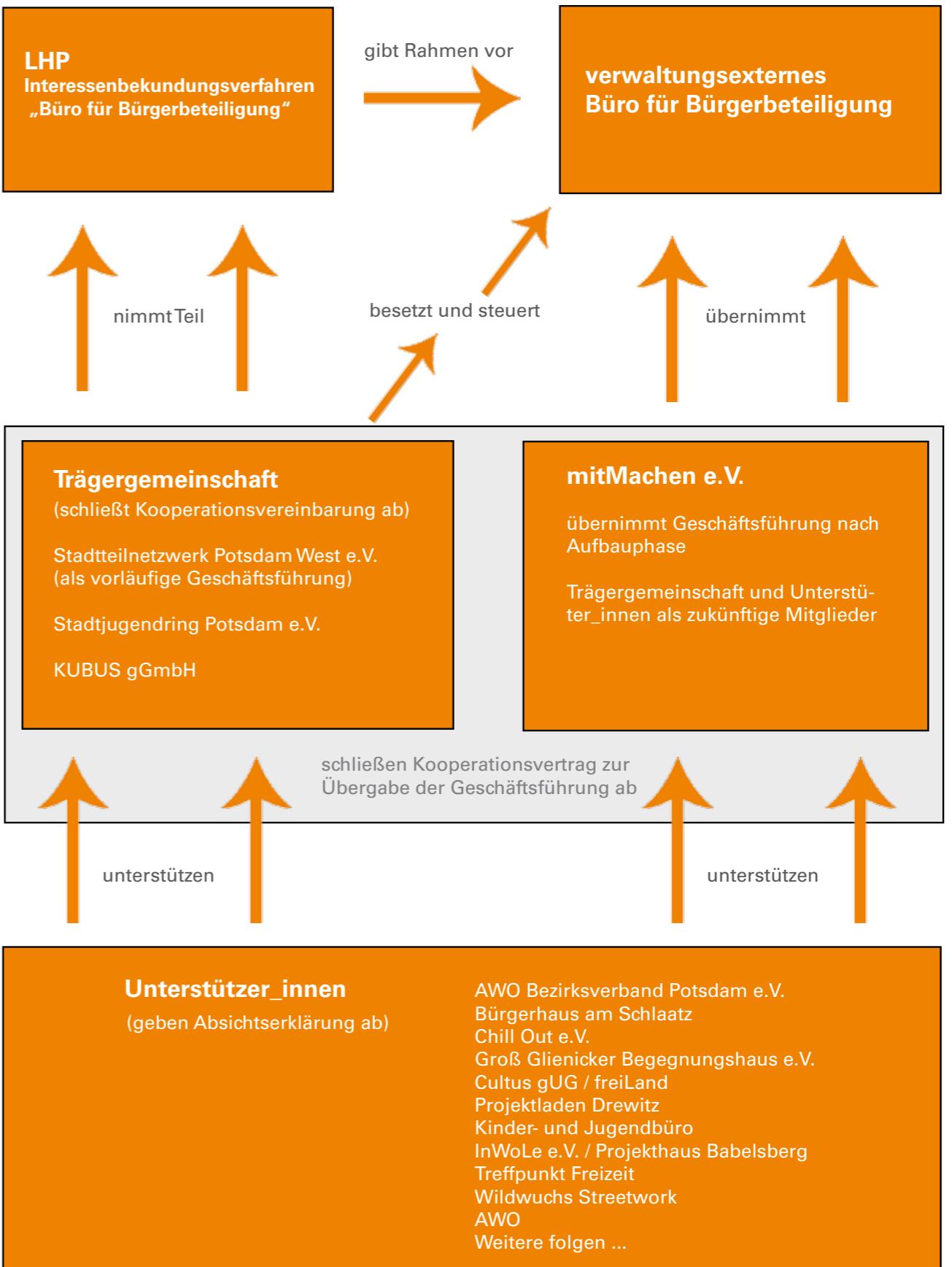
Vertretung in kommunalpolitischen Fachgremien

- Mitgliederversammlung des SJR
- Jugendhilfeausschuss
- AG Jugendförderung (AG nach §78 KJHG)
- AG Jugendsoziokultur
- AG Spielräume (Kinder- und Jugendbüro)
- AG Masterplan Bewegen und Spielen (Kinder- und Jugendbüro)
- Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“
- Regionalarbeitskreis Babelsberg/ Zentrum-Ost
- Jugendprojektrat zum Jugendkulturfonds Potsdam (Kinder- und Jugendbüro)
- Gruppe Bürgerbeteiligung (Begleitung des Prozesses Bürgerbeteiligung Potsdam)
- Unterstützung des Kreisschülerrates Potsdam (insbesondere durch Plan B)
- Bündnis „Mietenstopp-Jetzt“
- Lokales Bündnis für Familie Babelsberg



3. STRUKTUR DER TRÄGERGEMEINSCHAFT MITMACHEN

STRUKTUR DER TRÄGERGEMEINSCHAFT MITMACHEN



Strukturschema



4. ERKLÄRUNGEN ZUM STADTTEILNETZWERK



Stadtteilnetzwerk Potsdam-West, G.-Scholl-Str. 51, 14471 Potsdam

Potsdam, den 25. November 2012

Eigenerklärung

Wir erklären, dass wir unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen sind und ermächtigen die Landeshauptstadt Potsdam, Auskünfte über die Meldedateien personenunabhängig einzuholen bzw. lege(n) diese auf Verlangen der Landeshauptstadt Potsdam vor, wir in den letzten zwei Jahren nicht gemäß § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz bzw. § 16 Mindestarbeitsbedingungengesetz zu einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden sind und uns kein aktueller Verstoß gegen die o.a. Vorschriften und kein anstehender Bußgeldbescheid gegen das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnde(n) Person(en) betreffen und uns kein aktueller Verstoß gegen die o.a. Vorschriften bzw. kein anstehender Bußgeldbescheid gegen das Unternehmen bzw. die verantwortlichen Personen bekannt ist.

Ulrike Bleyl, Vorsitzende

Daniel Zeller, Geschäftsführer

Geschwister-Scholl-Straße 51, 14471 Potsdam
Tel.: 0331-588 12 600, Fax: 0331-588 12 59
info@stadtteilnetzwerk.de – www.stadtteilnetzwerk.de

Konto: 111 683 86 00
BLZ: 430 60 967
GLS Bank

Erklärungen zum Stadtteilnetzwerk

Finanzamt Potsdam
Steuernummer 046/142/14045
(Bitte bei Rückfragen angeben)

14480 Potsdam 02.05.2013
Steinstr. 104-106 Haus 9
Telefon 0331 287-1354
Telefax 0331 287-1515
Zi.Nr.: 3054

Finanz Steinstr 104-106 H9 14480 Potsdam /164138/20293

EINGEGANGEN

Freistellungsbescheid
für 2011 zur
Körperschaftsteuer
und Gewerbesteuer

Firma ETL Dr. Dietrich & Bille
GmbH
Steuerberatungsges.
Alt Nowawes 67
14482 Potsdam
durch: *Dietrich* Einspruch am:
03. MAI 2013
Andenken EDV erfasst am:

Für Stadtteilnetzwerk Pot... Geschwister-Scholl-Str.51 , 14471 Potsdam

Feststellung
Die Körperschaft ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte gemeinnützige Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Für den (einheitlichen) steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb ergibt sich unter Berücksichtigung der Besteuerungsgrenze nach § 64 AO bzw. der Freibeträge nach § 24 KStG und § 11 Abs. 1 Satz 3 GewStG keine Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer.
Etwa geleistete Vorauszahlungen werden gesondert abgerechnet.

Die Rechtsbehelfsbelehrung bezieht sich nur auf die vorstehende(n) Feststellung(en).

Hinweise zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen
Die Körperschaft fördert folgende gemeinnützige Zwecke:

- Förderung von Kunst und Kultur
- Förderung der Volks- und Berufsbildung sowie der Studentenhilfe
- Förderung des Sports
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Die Satzungszwecke entsprechen § 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5, 7, 21 und 25 AO.

Behandlung der Spenden
Die Körperschaft ist berechtigt, für Spenden, die ihr zur Verwendung für diese Zwecke zugewendet werden, Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck (§ 50 Abs. 1 EStDV auszustellen.
Die amtlichen Muster für die Ausstellung steuerlicher Zuwendungsbestätigungen stehen im Internet unter <https://www.formulare-bfinv.de> als ausfüllbare Formulare zur Verfügung. Weitere Hinweise die bei der Verwendung der Muster zu beachten sind, entnehmen Sie bitte dem BMF-Schreiben vom 30. August 2012 - IV C 4 - S 2223/07/0018 : 005. 2012/0306063 - BStBl I S. 884.

Behandlung der Mitgliedsbeiträge
Die Körperschaft ist nicht berechtigt, für Mitgliedsbeiträge Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck (§ 50 Abs. 1 EStDV) auszustellen, weil Zwecke im Sinne des § 10b Abs. Satz 8 EStG gefördert werden.

***** Fortsetzung siehe Seite 2 *****

Finanzkasse Potsdam Steinstr. 104-106 Haus 9, 14480 Potsdam Zi.Wr.: 1029	Kreditinstitut: BBk Berlin BLZ: 10000000 Kontonr.: 16001501
Weitere Informationen auf der letzten Seite oder im Internet unter www.finanzamt.brandenburg.de	Auslandszahlungen: BBk Berlin IBAN DE7210000000016001501, BIC MARKDEF1100
Form-Nr. 000108.6	Rt. 24.04.2013 KSt 2011 000153902

Steuernummer 046/142/14045 Seite 2

Haftung bei unrichtigen Zuwendungsbestätigungen
Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Zuwendungsbestätigung ausstellt oder veranlasst, dass Zuwendungen nicht zu den in der Zuwendungsbestätigung angegebenen steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden, haftet für die entgangene Steuer (§ 10b Abs. 4 EStG, § 9 Abs. 3 KStG, § 9 Nr. 5 GewStG). Dabei wird die entgangene Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer mit 30 %, die entgangene Gewerbesteuer pauschal mit 15 % der Spende angesetzt.
In der Zuwendungsbestätigung ist auch das Datum des letzten Körperschaftsteuerbescheides oder Freistellungsbescheides anzugeben. Das Finanzamt des Zuwendenden geht von der Unrichtigkeit der Zuwendungsbestätigung aus, wenn das angegebene Datum des Bescheides länger als 5 Jahre seit dem Tag der Ausstellung der Zuwendungsbestätigung zurückliegt.

Hinweis zum Kapitalertragsteuerabzug
Bei Kapitalerträgen, die bis zum 31.12.2016 zufließen, reicht für die Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug nach § 44a Abs. 4 und 7 EStG die Vorlage dieses Bescheides oder die Überlassung einer beglaubigten Kopie dieses Bescheides aus.
Das Gleiche gilt bis zum o. a. Zeitpunkt für die Erstattung von Kapitalertragsteuer nach § 44b Abs. 6 EStG durch das Depot führende Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut.

Anmerkungen
Mit den vorstehenden Hinweisen zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen und gegebenenfalls zur Behandlung der Mitgliedsbeiträge wird eine Entscheidung über die Steuerbefreiung der Körperschaft für Jahre, die dem im Freistellungsbescheid bezeichneten Veranlagungszeitraum folgen, nicht vorgenommen.
Die Hinweise sollen Sie über die Rechtsauffassung des Finanzamts unterrichten. Sie sind nicht Bestandteil des Freistellungsbescheides und auch kein sonstiger Verwaltungsakt i. S. des § 118 AO, so dass gegen sie ein Rechtsbehelf nicht gegeben ist. Über die Abziehbarkeit der Zuwendungen entscheidet das für den Zuwendenden zuständige Finanzamt im Rahmen des Veranlagungsverfahrens (vgl. Urteil des Bundesfinanzhofes vom 11.09.1956, BStBl II 1956, 309).
Die Vorschriften der Sammlungsgesetze der Länder bleiben von der Anerkennung als steuerbegünstigte Körperschaft unberührt.

Bitte beachten Sie, dass die Inanspruchnahme der Steuerbefreiungen auch von der tatsächlichen Geschäftsführung abhängt, die der Nachprüfung durch das Finanzamt - ggf. im Rahmen einer Außenprüfung - unterliegt. Die tatsächliche Geschäftsführung muss auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke gerichtet sein und die Bestimmungen der Satzung beachten.
Auch für die Zukunft muss dies durch ordnungsmäßige Aufzeichnungen (Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben, Tätigkeitsbericht, Vermögensübersicht mit Nachweisen über die Bildung und Entwicklung der Rücklagen) nachgewiesen werden (§ 63 AO).

Erläuterungen
Es ist regelmäßig zu überprüfen, ob die tatsächliche Geschäftsführung den gemeinnützige rechtlichen Bestimmungen entspricht. Ihre nächste Steuererklärung reichen Sie bitte vorbehaltlich einer abweichenden Aufforderung des Finanzamtes - in 2015 für das Jahr 2014 ein. Bitte achten Sie darauf, alle in der Steuererklärung genannten Unterlagen mit einzureichen.

Rechtsbehelfsbelehrung
Die Freistellung von der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer kann mit dem Einspruch angefochten werden.
Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt oder bei der angegebenen Außenstelle schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift zu erklären. Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

***** Fortsetzung siehe Seite 3 *****

Potsdam, den 24.01.2012

In der Registersache **Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.**
Geschwister-Scholl-Straße 51
14471 Potsdam

erfolgte unter Aktenzeichen VR 7887 P mit der laufenden Nummer 1 die nachstehende
Registereintragung:

1. Nummer der Eintragung
1

2.a) Name des Vereins
Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.

2.b) Sitz des Vereins
Potsdam

3.a) Allgemeine Vertretungsregelung

Der vertretungsberechtigte Vorstand besteht aus der/dem 1. Vorsitzenden, der/dem 2. Vorsitzenden und der/dem 3. Vorsitzenden. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich jeweils durch zwei Mitglieder des vertretungsberechtigten Vorstands vertreten.

3.b) Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis

1. Vorsitzender:
1.
Bleyl, Ulrike, *06.01.1970, Potsdam
3. Vorsitzender:
2.
Guntowski, Stefan, *25.02.1970, Potsdam
2. Vorsitzender:
3.
Zeller, Daniel, *05.10.1974, Potsdam

4.a) Satzung
eingetragener Verein
Satzung vom: 14.12.2009, 25.01.2011
5.a) Tag der Eintragung
24.01.2012

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Achtung! Hinweis des Registergerichts:

Die Bekanntmachung von Handelsregistereintragungen durch das Amtsgericht erfolgt ausschließlich in dem von der Landesjustizverwaltung bestimmten elektronischen Informations- und Kommunikationssystem www.handelsregisterbekanntmachungen.de. Die Kosten für die elektronische Bekanntmachung (ohne Gebühren der Eintragung) betragen 1,00 Euro. Es wird darauf hingewiesen, dass häufig private "Wirtschaftsverträge" amtlich aussehende

Stadtteilnetzwerk POTSDAM WEST

§1 – Name, Eintragung, Sitz, Geschäftsjahr, Neutralität des Vereins

Der Verein führt den Namen: „Stadtteilnetzwerk POTSDAM WEST“. Nach seiner Eintragung in das Vereinsregister von Potsdam führt er den Zusatz „e.V.“.

Der Verein hat seinen Sitz in der Stadt Potsdam.

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

Der Verein ist politisch, ethnisch und konfessionell neutral.

§ 2 – Zweck und Maßnahmen des Vereins

Zweck des Vereins ist:

- a) die Förderung von Bildung, Kunst und Kultur,
- b) die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements,
- c) die Förderung des Sports.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch folgende Maßnahmen:

a) die Durchführung eigener Veranstaltungen der Erwachsenenbildung, insbesondere von Qualifizierungsmaßnahmen und Workshops,

die Durchführung von Veranstaltungen zu kunst- und kulturgeschichtlichen Themen und die Vermittlung von Wissen betreffend im Stadtteil gelegener Kultur- und Baudenkmale

die Durchführung kultureller Veranstaltungen zum Zweck der Pflege des Liedgutes und des Theaterspiels

b) Schaffung einer Anlauf- und Koordinierungsstelle für bürgerschaftlich Engagierte des Stadtteils Potsdam-West,

Erarbeitung und Vermittlung von Materialien und Konzepten sowie Hilfestellungen anderer Art zur Entwicklung der Selbstorganisation und Selbstbestimmtheit einzelner sowie von Gruppen und zum Zweck des freiwillig ausgeübten bürgerschaftlichen Engagements,

Öffentlichkeitsarbeit zur Schaffung von Anerkennungskultur und Bereitstellung von Informationen über geeignete Formen bürgerschaftlichen Engagements,

c) die Durchführung von Veranstaltungen des Sports und entsprechende Organisation von Hallennutzungszeiten.

Der Verein kann für unterschiedliche Aufgaben oder zur Strukturierung seiner Arbeit unselbständige Sparten bzw. Abteilungen bilden. Er kann sich – so er als Institution bestimmungsgemäß Zuwendungen der öffentlichen Hand zu treuen Händen und ausschließlich zum Zweck der Weiterreichung an andere gemeinnützige Träger erhält – ein Vergabeverfahren geben. Die Entscheidung trifft der Vorstand.

Der Verein soll sich eine der Zweckverfolgung der Satzung und der Leistungsfähigkeit angemessene Anlauf- und Geschäftsstelle geben.

Der Verein ist überparteilich, weltanschaulich neutral und unabhängig.

§ 3 – Gemeinnützigkeit des Vereins

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der §§ 51 ff. der Abgabenordnung.

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Evangelische Erlöserkirchgemeinde Potsdam, Nansenstraße 6, 14471 Potsdam. Diese hat es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke im Sinne dieser Satzung zu verwenden.

§ 4 – Erwerb der Mitgliedschaft

Der Verein hat ordentliche und fördernde Mitglieder.

Soweit diese Satzung nur von Mitgliedern spricht, sind sowohl ordentliche als auch fördernde Mitglieder gemeint.

Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden, welche die Ziele des Vereins aktiv unterstützen möchte. Juristische Personen werden von ihren gesetzlichen Vertretern im Verein vertreten und haben gleiche Rechte wie natürliche Personen.

Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet abschließend der Vorstand. Der Aufnahmeantrag Minderjähriger bedarf der Unterschrift der gesetzlichen Vertreter.

Eine Person mit Wohnsitz im Stadtteil Potsdam West wird auf Antrag ordentliches Mitglied. Bei juristischen Personen entscheidet der Ort der (Zweig-)Niederlassung.

Eine Person, die ihren Wohnsitz außerhalb des Stadtteils Potsdam West hat, wird auf Antrag förderndes Mitglied. Mit Ablauf von 3 Jahren nach Aufnahme als förderndes Mitglied und mit Nachweis der Einbringung persönlichen Engagements im Sinne und zum Wohle der Zweckbestimmung des Vereins kann der Vorstand eine ordentliche Mitgliedschaft erteilen. Für juristische Personen gilt Entsprechendes.

Auf Antrag an die Mitgliederversammlung kann diese mit Mehrheit von 2/3 der Stimmen einzelnen Mitgliedern eine Ehrenmitgliedschaft aussprechen. Die Ehrenmitgliedschaft soll ganz besondere Verdienste um den Verein im Allgemeinen und die Entwicklung des Stadtteils Potsdam West im Besonderen auszeichnen. Die Ehrenmitgliedschaft befreit von der Entrichtung des Beitrags. Sie ist unbefristet und kann nur durch erneuten Beschluss der Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 2/3 wieder aberkannt werden.

§ 5 – Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet

- a) sofort mit dem Tod des Mitglieds. Die Mitgliedschaft einer juristischen Person endet mit ihrer Auflösung.
- b) durch freiwilligen Austritt infolge schriftlicher Erklärung gegenüber dem Vorstand zum Jahresende und unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten,
- c) durch Streichung von der Mitgliederliste und nach erfolgloser Anmahnung der Beitragsschulden zum Jahresende, soweit die Beitragsschulden einen Betrag eines halben Beitragsjahres übersteigen.
- d) durch Ausschluss aus dem Verein und nach unanfechtbar gewordenem Vorstandsbeschluss zum Ende des Kalenderjahrs.

Der Ausschluss nach §5 Satz 1 Punkt d) ist letztes Mittel des Vereins, Verstöße gegen die Satzung und die Interessen des Vereins zu sanktionieren. Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn eine vorherige Abmahnung keine Wirkung gezeigt hat und es sein vereinsschädigendes Verhalten fortsetzt. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Das Mitglied ist vorab zu hören. Gegen die Entscheidung des Vorstands steht dem Mitglied das Rechtsmittel der Beschwerde zu. Diese wird auf der nächsten Mitgliederversammlung verhandelt. Diese entscheidet abschließend und mit einfacher Mehrheit.

§ 6 – Mitgliedsbeiträge

Von den Mitgliedern werden Jahresbeiträge erhoben. Sie sind halbjährlich und im Voraus zu zahlen. Die Höhe bestimmt die Mitgliederversammlung. Unterjährig eintretende Mitglieder leisten einen zwölftel Betrag multipliziert um die Anzahl der noch verbleibenden Monate. So die Mitgliedschaft durch Tod endet, endet die Beitragspflicht mit dem Ende des Monats in den das Ereignis fällt. Zuviel entrichtete Beiträge werden zurückerstattet.

Der Verein kann sich eine Beitragsordnung geben.

§ 7 – Organe des Vereins

Organe des Vereins sind der Vorstand (§ 8) und die Mitgliederversammlung (§ 9). Keine Organstellung haben die Kassenprüfer sowie eventuell gebildete Abteilungen bzw. Sparten sowie deren Leitung.

§ 8 – Der Vorstand

Der Vorstand besteht aus 3 Vorsitzenden (dem vertretungsberechtigten Vorstand) und 2 Beisitzern.

Der vertretungsberechtigte Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus der/dem 1. Vorsitzenden, der/dem 2. Vorsitzenden und der/dem 3. Vorsitzenden.

Der/die 1. Vorsitzende trägt den Titel Vorstandsvorsitzender, der/die 2. Vorsitzende trägt den Titel Geschäftsführer/in, der/die 3. Vorsitzende trägt den Titel Schatzmeister/in.

Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich jeweils durch zwei Mitglieder des vertretungsberechtigten Vorstands vertreten.

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Wahlperiode des vertretungsberechtigten Vorstands ist auf 3 Jahre beschränkt. Die Wiederwahl ist zulässig.

Die Wahlperiode der Beisitzer ist auf 2 Jahre beschränkt. Die Wiederwahl ist zulässig.

Scheidet ein Mitglied des Vorstands während der Amtsperiode aus, so wählt der Vorstand oder auf Antrag des Vorstands die Mitgliederversammlung ein Ersatzmitglied für die restliche Amtszeit der/des Ausgeschiedenen. Nur ordentliche Mitglieder können in den Vorstand gewählt werden.

Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, nach der sich bestimmt, in welcher Art und Weise zu Sitzungen eingeladen wird, er seine Beschlüsse fasst sowie diese protokolliert werden. Ferner kann er den einzelnen Beisitzern Zuständigkeiten und Aufgabenbereiche übertragen.

Der Vorstand kann für seine Tätigkeit eine angemessene Vergütung erhalten. Aufwandsersatz ist im Rahmen der steuerlich anerkannten Pauschalen möglich.

§ 9 – Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist mindestens einmal im Jahr durch den Vorstand einzuberufen. Soweit es eine dringende Angelegenheit erfordert, soll der Vorstand zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung einladen. Gleiches gilt, wenn dies von 15% der Mitglieder schriftlich beantragt wird.

Die Einladungen zur Mitgliederversammlung sollen 3 Wochen vor Termin schriftlich zugestellt sein. Sie gelten bei Postsendung als mit dem 2. Werktag nach Aufgabe zur Post zugestellt. Abweichend von der Zustellung per Post kann der Zugang durch Einwurf in den Briefkasten seitens eines anderweitig Bevollmächtigten bewirkt werden. Ebenso kann die Einladung über Email erfolgen. Es gilt die dem Vorstand seitens des Mitglieds zuletzt angezeigte Email -Adresse. Ein jedes Mitglied ist für die Aktualität und Richtigkeit der dem Vorstand angegebenen Email – Adresse selbst verantwortlich. Die Einladungen zu den Mitgliederversammlungen sollen zudem in einer einzurichtenden Geschäftsstelle deutlich sichtbar ausgehängt werden.

Die Einladungen sollen neben der Tagesordnung alle an die Mitgliederversammlung gestellten Anträge enthalten. Zudem sollen sie Auskunft darüber geben, an wen und bis wann noch nachträglich schriftlich verfasste Anträge zu richten sind.

Einladungen zur außerordentlichen Mitgliederversammlung sollen den Mitgliedern rechtzeitig, mindestens aber mit einer Frist von 3 Werktagen zugehen.

Die Mitgliederversammlung ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:

- a) Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstands und Entlastung des Vorstandes,
- b) Festsetzung der Höhe und der Fälligkeit der Mitgliedsbeiträge,
- c) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands,
- d) Beschlussfassung über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins,
- e) Ernennung von Ehrenmitgliedern,
- f) Wahl von zwei Kassenprüfern.

Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Vorstand kann Gäste einladen.

In der Mitgliederversammlung hat jedes anwesende Vereinsmitglied mit Vollendung des 14. Lebensjahres eine Stimme. Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Personenwahlen und Wahlen des Vorstandes erfolgen grundsätzlich geheim.

Abstimmungen müssen geheim durchgeführt werden, wenn drei der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies beantragen.

Zum Zweck eines zügigen Ablaufs kann der Vorstand Regelungen vorschlagen, die mit Beginn der Mitgliederversammlung vereinbart werden. Insbesondere kann hiermit die Anzahl und zeitliche Dauer von Redebeiträgen beschränkt werden. Ferner können zu diesem Zeitpunkt noch letzte Anträge zur Tagesordnung gestellt werden.

Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

Zur Änderung der Satzung ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen.

§ 10 – Kassenprüfung

Von der Mitgliederversammlung werden 2 Kassenprüfer auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Sie bleiben bis zur Wahl neuer Kassenprüfer im Amt. Sie dürfen nicht Mitglieder des Vorstands sein. Sie haben in der Jahreshauptversammlung über das Ergebnis der Kassenprüfung zu berichten und einen Bericht zu den Vereinsakten zu reichen. Die Kasse ist mindestens einmal im Jahr zu prüfen.

§ 11 – Auflösung des Vereins

Die Auflösung des Vereins kann nur durch Beschluss der Mitgliederversammlung erfolgen. Sie muss mit mindestens drei Vierteln der anwesenden Stimmen beschlossen werden. Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 50 Prozent der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

Für den Fall der Beschlussunfähigkeit ist innerhalb von vier Wochen erneut zu laden. Sie ist dann unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig und entscheidet mit einfacher Mehrheit.

Gegründet – Potsdam am 25.01.2011

Geändert - Potsdam am 08.03.2012

Referenzen Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.

2013

Stadtteilgespräch
KiezAG „Mach Dir ‘ne PLATTE!“ an der Gesamtschule
Unterstützung der Netzwerkgründung StadtTeilAuto
Entwicklung des Stadtteilmobils „Schaué BUDE“
KiezKIDs nehmen sich öffentlich Raum - mit Unterstützung des Deutschen Kinderhilfswerks

2010

Stadtteilmesse „Vision eines sozial-kulturellen Netzwerks in Potsdam-West“
Aufbau der Koordinierungsstelle für Begegnungsarbeit in Potsdam-West
Aufbau des Atelierhauses SCHOLLE 51 in Gemeinschaft mit Künstlerinnen und Musikern

2012

Ideenwerkstatt in zur Freifläche PLATTE an der Haeckelstraße
„Werde StadtTeilnehmer“
Kooperationsvereinbarung mit der Leonardo Da Vinci Gesamtschule
Redaktion von HAUSgemacht – Ausstellung der Bürger- und Begegnungshäuser in Potsdam

2009

Stadtteilkonferenz Potsdam-West
Realisierung von kleinteiligen Projekten im Stadtteil (Musical, Straßenfrühstück)
Vereinsgründung Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.

2011

Stadtteilkonferenz „Innehalten und Weitergehen“
Beteiligung am Diskussionsprozess um Bürgerbeteiligung in Potsdam
Kiezfest PLATTENSPIELER

Ostermarkt an der STADTTHEIDE
Toleranzfest auf dem Schillerplatz

2008

Zukunftswerkstatt der Bürgerinitiative WESTKURVE
Erste Ausgabe der Stadtteilzeitung Potsdam-West (in Trägerschaft von rückenwind e.V.)

2007

Gründung der Bürgerinitiative WESTKURVE zur Belebung der Sport- und Freizeitanlage an der Hans-Sachs-Straße
Lebendiger Adventskalender in der Brandenburger Vorstadt

5. KONZEPT





5.1. Kurzkonzept

1. AUSGANGSLAGE	S. 45
2. ZIELGRUPPEN	S. 46
3. ZIELE	S. 48
4. INHALTE	S. 50
5. METHODEN	S. 52
6. RAHMENBEDINGUNGEN	S. 58
7. EVALUATION	S. 59

*Demokratie ist keine Institution,
sondern ein Prozess.*

Kurzkonzept » Inhalt

1. Ausgangslage

Demokratie ist keine Institution, sondern ein Prozess. Diesen Prozess wollen wir im Büro für Bürgerbeteiligung aktiv gestalten.

Die Beteiligung ist nicht nur vielfältig gesetzlich geregelt, und damit in vielen Bereichen Pflicht, wenn es um die gemeinsame Gestaltung des Lebens und des Miteinanders in unserer Gesellschaft geht. Auch die Stadt Potsdam hat sich mit ihrem Selbstbild als Bürgerkommune auf den Weg gemacht, noch weitreichendere und bessere Wege zu finden, wie Einwohner_innen, Politik und Verwaltung enger und gewinnbringender zusammenarbeiten können. In unserer Stadt gibt es Hunderte engagierter Menschen, zahlreiche Initiativen, Vereine und Institutionen, die sich mit Beteiligung und Mitsprache auseinandersetzen.

Es gibt aber auch eine Fülle von Herausforderungen, die wir nur gemeinsam meistern können: Potsdam ist eine wachsende und eine alternde Stadt, eine Stadt der Einheimischen, der Besucher_innen, eine Stadt der Auseinandersetzung mit Architektur und Stadtentwicklung, eine Stadt der Gegensätze zwischen "großer Politik" und kleinen, wertvollen Nischen. In Potsdam prallen Erfahrungen und erprobte Strukturen mit Wünschen und Zielen aufeinander, die nach einem Mehr an Auseinandersetzung, aber auch an Dialog und Zusammenarbeit rufen. Den Weg zu einer Kommune, die für ihre Einwohner_innen da ist und mit ihnen gemeinsam Entscheidungen trifft, wollen wir gern und kompetent begleiten.

Wir verfügen über vielfältige Erfahrungen in der Arbeit mit den Einwohner_innen Potsdams und haben - von der Auseinandersetzung mit stadtweiten Themen bis hin zur Arbeit im Kleinen - in den Straßen und auf den Plätzen Potsdams schon viele Erfahrungen machen können. Wir haben zahllose Menschen getroffen und häufig ein Stück des Wege gemeinsam bestritten.

Darauf wollen wir in unserer Trägergemeinschaft und später gemeinsam im mitMachen e.V. gern aufbauen.

2. Zielgruppen

Aus der Fülle an verschiedenen Akteur_innen und Institutionen, die mit Beteiligung in Potsdam befasst sind bzw. vermehrt befasst sein können, ergeben sich vielfältige Zielgruppen, die mit der Arbeit des Büros erreicht werden sollen:

Einwohner_innen: Die Menschen, die in Potsdam wohnen und unsere Stadt mit Leben füllen, stehen als ideengebende, mitbestimmende und eigenaktive potentielle Akteur_innen im Mittelpunkt. Mit der Arbeit des Büros sollen alle Einwohner_innen Potsdams - und insbesondere die nicht-organisierten Einwohner_innen jeder sozialen, kulturellen und bildungsbezogenen Herkunft in den verschiedenen Stadtteilen erreicht werden. Dazu erachten wir es als notwendig, die Einwohner_innen mit niedrigschwellingen Ansätzen und Methoden anzusprechen und aktiv einzubinden. Wir wollen mit einem Blick, der die Ressourcen jedes Einzelnen anerkennt, auch diejenigen erreichen, die vielleicht noch keine Erfahrungen mit Beteiligung in der Kommune sammeln konnten oder die als "partizipationsfern" gelten.

Zivilgesellschaftliche Netzwerke: In unserer Stadt sind bereits viele Akteur_innen engagiert und es kommen ständig neue hinzu. Wir wollen eng mit diesen wichtigen Netzwerken zusammenarbeiten und diese in Hinblick auf mehr Möglichkeiten für Beteiligung in Potsdam stärken und zusammenbringen. Dabei sind etwa die Bürger- und Begegnungshäuser, kulturelle Einrichtungen, Stadtteil- und Bürgerinitiativen, ehrenamtlich aktive Einwohner_innen, soziokulturelle und jugendbezogene Akteur_innen in den Stadt- und Ortsteilen oder auch Institutionen des Quartiersmanagements zu nennen. Wir wollen diese engagierten Menschen und Institutionen aktiv einbeziehen und sie als Expert_innen für ihre Themen bestärken.

Politische Akteur_innen und Gremien: Die politischen Akteur_innen in Potsdam nehmen naturgemäß einen außerordentlich wichtigen Stellenwert ein, wenn es um die Bestimmung und Gestaltung des Weges geht, den unsere Stadt nimmt. Wir leben in einer repräsentativen Demokratie, die jedoch vermehrt vor die Herausforderung gestellt ist, ihre Entscheidungen mit den Bürger_innen gemeinsam anzubah-

nen und zu bestimmen. Insbesondere in einer Kommune gibt es hier großen und potentiell aktiv erlebbaren Handlungsspielraum für mehr Beteiligung aller Einwohner_innen. Die Politik, also die gewählten Stadtverordneten, die Parteien und Gremien wie die Stadtverordnetenversammlung und deren Ausschüsse, wollen wir mit unserer Arbeit erreichen. Dabei wünschen wir uns, dass der Informationsaustausch über Beteiligungsmöglichkeiten und -prozesse regelmäßiger und mit Blick auf mehr aktiven Gestaltungsspielraum der Einwohner_innen wertschätzend und abgestimmter als bisher verläuft. Wir verstehen die Arbeit als überparteilich.

Stadtverwaltung: Ohne die Menschen und geregelten Abläufe in unserer komplexen Stadtverwaltung, ist Beteiligung an kommunalen Prozessen nicht zu machen. Die Verwaltung ist fachlicher Informationsknopfunkt, Wegbereiter_in, Planer_in, Gestalter_in und Verantwortliche_r für zahlreiche Beteiligungsvorhaben in Potsdam. Die städtischen Mitarbeiter_innen auf dem Weg zu einer konstruktiven Beteiligungskultur "mitzunehmen" ist daher ein wesentlicher Anspruch. Akteur_innen aus den beteiligungsrelevanten Fachressorts, die Kolleg_innen aus dem Bürgerhaushalt oder auch dem Stadtmarketing und dem Bürgerservice wollen wir dabei insbesondere in den Blick bei der konstruktiven Zusammenarbeit nehmen.

Verwaltungsinternes Büro für Bürgerbeteiligung: Dieses verwaltungsinterne "Pendant" zu unserer Arbeit ist als fester Partner der Zusammenarbeit auf Augenhöhe bereits jetzt schon vorgesehen. Mit den dortigen Mitarbeiter_innen wollen wir eine gemeinsame Arbeitsstruktur aushandeln und erproben. Die gemeinsame Arbeit des verwaltungsinternen Büros und die des verwaltungsexternen Büros ist umso erfolgreicher, je besser und enger sie miteinander verschränkt ist.

Beteiligungsrat: Die ausgelosten Mitglieder begleiten das gesamte Vorhaben des Büros für Bürgerbeteiligung und der Prozesse, die dahingehend in Potsdam angestoßen werden, freiwillig und ehrenamtlich. Uns ist dabei wichtig, dass der Beteiligungsrat alle notwendigen Informationen hat, um die Arbeit zu ergänzen, zu hinterfragen und zu bereichern.

3. Ziele

Wir wollen als freier Träger des Büros für Bürgerbeteiligung durch Information, Befähigung, Hilfestellung und Beratung als eine der treibenden Kräfte an der Entwicklung einer Beteiligungskultur in Potsdam mitwirken.

Dabei zielen wir ab auf

- » die **Gleichbehandlung aller Einwohner_innen Potsdams**, denn ihnen sollen die gleichen Rechte und Chancen zur Mitgestaltung ihres "Lebensraumes Stadt" eingeräumt werden,
- » eine **inklusive sowie barrierefreie Arbeit** und die Sichtbarmachung von Hürden und Barrieren aller Art bei Beteiligungsprozessen und deren Abbau,
- » die Wahrnehmung als eine **intermediäre Instanz**, die "zwischen" Einwohner_innen, Politik und Verwaltung tätig ist,
- » die **frühzeitige Einbeziehung der Einwohner_innen bei Beteiligungsprozessen**, denn diese ermöglicht nicht nur akzeptierte(re) Ergebnisse, sondern wertschätzt die Kompetenzen der Einwohner_innen, welche ihre Kompetenzen in den gesamten Prozess einbringen können,
- » die **niedrigschwellige Informationsbereitstellung und allseitige Transparenz**, denn die Möglichkeit, sich als Einwohner_in einzubringen erfordert die Zugangsmöglichkeit zu Wissen,
- » eine **zweckdienliche Kommunikationskultur**, also ein direktes, sachliches, konstruktives, wertschätzendes, gleichberechtigtes und gewaltfreies "Wie" des Miteinanders,
- » eine **Kultur der Anerkennung**, die mit sich bringt, Einwohner_innen im Kontext von Beteiligung als die Expert_innen vor Ort zu verstehen und dementsprechend wertschätzend einzubeziehen,
- » die **Verbindlichkeit von Beteiligungsprozessen**, um sicherzustellen, dass es einen klaren Handlungs- und Entscheidungsrahmen für Beteiligung gibt, der notwendig ist, um eine gelebte Kultur der Beteiligung zu entwickeln,
- » **Aktivierung und Empowerment**, um neue Beteiligungsprozesse (bottom-up, top-down, peer to peer) anzuregen und zu unterstützen,
- » **inklusive Beteiligung** und damit eine Praxis, die nicht selbst sozial ausschließend ist, also so strukturiert sein soll, dass sie auch die Einwohner_innen "mitnimmt", die als "partizipationsfern" beschrieben werden und die mit den herkömmlichen Beteiligungsverfahren oft nicht erreicht werden.

4. Inhalte

Es gibt viel zu tun. Die Aufgaben des Büros für Bürgerbeteiligung reichen von der Bereitstellung und Aufbereitung von Informationen über die Mobilisierung innerhalb der Stadtteile, der Kompetenzvermittlung an Initiativen, Vereine und Einwohner_innen bis zur Unterstützung von Beteiligungsprozessen.

Informationsbereitstellung: Welche Beteiligungsprozesse gibt es in Potsdam? Welche Prozesse gehen von der Stadtverwaltung und Politik aus, wie sind diese gestaltet und wie können sich Einwohner_innen dabei beteiligen? Welche Prozesse sind stadt-/ortsteilorientiert oder themen-/anlassbezogen aktuell und bieten Anknüpfungspunkte? Die Informationen sollen barrierefrei online sowie gedruckt veröffentlicht werden.

Basisaktivierung in den Stadtteilen: Die Arbeit in den Stadtteilen ist als "Startpunkt von Beteiligung" eine Kernaufgabe des Büros. Dazu gehört in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartner_innen direkt vor Ort Anlaufstellen für die Einwohner_innen zu etablieren und einfach vor Ort präsent zu sein, um ins Gespräch zu kommen, Bedarfe in den Stadtteilen aufzunehmen und Beteiligungsmöglichkeiten gemeinsam zu erkennen. Bei Beteiligungsprozessen, die bottom-up (also "von unten") initiiert werden, nimmt das Büro eine begleitende und unterstützende Rolle ein.

Begleitung und Unterstützung von top-down Beteiligungsverfahren: Einen ganz wesentlichen Ansatz in der Beteiligungsarbeit nehmen die möglichst weitreichenden Gelegenheiten ein, bei denen die Einwohner_innen als Expert_innen ihrer Lebenswelt wahrgenommen und in Verfahren "von oben" einbezogen werden. In enger Abstimmung mit dem verwaltungsinternen Büro und den involvierten Entscheidungsträger_innen aus der Verwaltung und dem politischen Raum sollen hier die Planungsprozesse einwohner_innennah erarbeitet, vorbereitet, durchgeführt, umgesetzt und dokumentiert werden. Dabei kann das

Büro bei der Auswahl geeigneter aktivierender Methoden unterstützen und die benötigten "Türen" in die Stadt- und Ortsteile und Zielgruppen gemeinsam mit den vernetzten Akteur_innen vor Ort öffnen.

Kompetenzvermittlung: Die Vermittlung rechtlicher und formaler Grundlagen für Beteiligung an Einwohner_innen, Multiplikator_innen, Vereine und Initiativen ist wesentlich, um aktivierend zu wirken. Bei der Begleitung und Unterstützung von Beteiligungsprozessen "von unten" gehört es also dazu, aufzuzeigen, wie die Einwohner_innen in Beteiligungsverfahren konkret handeln können und ihnen somit zu helfen, den Rahmen der Möglichkeiten abzustecken. Bei der Umsetzung von Beteiligungsprozessen wollen wir bei der Auswahl und Anwendung der passenden und aktivierenden Methoden helfen, die Beteiligung nicht nur wirksam, sondern auch erlebbar und vielfältig macht. Bei Anfragen aus den Stadt- und Ortsteilen, die einfach gelöst werden können, vermitteln die Mitarbeiter_innen in Zusammenarbeit mit dem verwaltungsinternen Büro für Bürgerbeteiligung Ansprechpartner_innen in der städtischen Verwaltung.

5. Methoden

Netzwerkarbeit:

Es gibt bereits zahlreiche Akteur_innen in Potsdam, die sich für die Beteiligung der Einwohner_innen einsetzen. Diese und noch viele andere sollen gewonnen werden, um ein zielorientiertes Netzwerk für Beteiligung in Potsdam aufzubauen und zu pflegen.

sehr wichtig ist, ein Netz der professionellen Unterstützung bereitzustellen - seien es Moderator_innen, Mediator_innen oder Schlichter_innen. Dabei ist uns zum einen wichtig, in Potsdam verwurzelte Menschen, die sich hier auskennen, einzubeziehen, als auch Perspektiven von außen zu haben.

Netzwerke in den Stadt- und Ortsteilen

Die Einwohner_innen in den Stadt- und Ortsteilen haben ihre ganz eigenen Bedürfnisse, was Informationen und Anforderungen an Beteiligung betrifft. Wir werden uns in Kooperation mit den bereits vor Ort aktiven Multiplikator_innen dafür einsetzen, dass in allen Teilen Potsdams solche Netzwerke entstehen und daraus mittelfristig ein stadtweites Geflecht entwickeln. Wir wollen dabei beratend und vermittelnd tätig sein. Durch Kompetenz- und Methodencoaching sollen die Einwohner_innen und Multiplikator_innen das Wissen und die Hilfe bekommen, die sie für die Umsetzung ihrer Ziele benötigen.

Beratungsangebote - Büro für Bürgerbeteiligung als Anlaufstelle:

Wir wollen unseren Anspruch, nah an den Einwohner_innen zu sein, auch durch flexible wöchentliche Sprechzeiten umsetzen und schnelle und unkomplizierte Beratung anbieten.

Kompetenznetzwerk

Beteiligung braucht Kompetenzen in vielen unterschiedlichen Bereichen. Dieses Wissen können wir durch ein Netz an Fachleuten aus unterschiedlichen Bereichen (z.B. Stadtentwicklung, Kommunikation, Verwaltungs- und Politikwissenschaft) in die Beteiligungsprozesse einfließen lassen.

Die Beteiligungsvermittlung:

Oft ist es für Einwohner_innen mit sehr spezifischen Anliegen schwierig, auf Anhieb die zuständigen Stellen in der Verwaltung zu finden. Um langen Wegen in der Kontaktaufnahme entgegenzuwirken, soll das Büro kompetent vermitteln und einfachere Zugänge schaffen.

Prozessbegleitungsnetzwerk

Beteiligung ist häufig sehr anspruchsvoll und einige Konflikte ergeben sich während des Prozesses von der Idee zum Ergebnis und der Einschätzung, was gut und was schlecht war. Wir denken, dass es daher

Dabei wollen wir einerseits bei der

- » Beratung und Begleitung bei formalen Beteiligungen helfen, indem wir über die gesetzlichen Regelungen aufklären und die Einwohner_innen bei Bedarf beraten und begleiten.
- » Andererseits sind wir als Netzwerker_innen auch persönlich und aufsuchend in den Stadt- und Ortsteilen unterwegs, nehmen auf Wunsch z.B. an Treffen von Einwohner_innen- oder Stadtteilinitiativen teil. So können wir nicht nur die jeweiligen Anliegen mitnehmen, sondern auch unmittelbar Beratung und Vermittlung anbieten.

Dezentrale Stadt- und Ortsteilarbeit:

Wir werden in den Stadt- und Ortsteilen präsent und ansprechbar sein. Hierbei will das Büro die Bürger- und Begegnungshäuser eng einbinden und hat dafür bereits eine ganze Reihe von ihnen gewinnen können.

Dabei sind wir

- » **mobil:** Das Büro soll nicht nur an einem zentralen Ort, sondern in ganz Potsdam stattfinden. Mit dem "rollenden Büro" wollen wir die Einwohner_innen ansprechen und für sie ansprechbar sein.
- » **präsent:** Das Büro geht an die Orte, wo die Einwohner_innen sind. Wir lassen uns nieder auf öffentlichen Plätzen und informieren über unsere Arbeit. Uns ist es wichtig mit den Einwohner_innen direkt ins Gespräch zu kommen und auch die bereits aktiven Initiativen und soziokulturellen Akteur_innen zu treffen.
- » **offen für Neues:** Wir möchten, dass Jede und Jeder eine Chance hat, von uns zu wissen und zu uns zu finden. Daher wollen wir mit der Kampagne "Eingang Beteiligung" (Arbeitstitel) in Geschäften und an Orten, wo erfahrungsgemäß viele Einwohner_innen sind, erreichen, dass wir auf ansprechende Art und Weise "gefunden" werden.
- » **eine wesentliche Unterstützung für Dialogformen in den Stadt- und Ortsteilen:** Uns ist sehr daran gelegen, dass es dauerhafte Formen des Austausches und der Beteiligung in einem Stadtteil oder in einem Ort gibt. Wir wollen z.B. Stadtteilforen gemeinsam entwickeln und durchführen, die auf die jeweiligen Strukturen und Bedürfnisse der Einwohner_innen zugeschnitten sind.
- » **informativ:** Wir planen einen Beteiligungsnewsletter für Potsdam, der regelmäßig und verständlich darüber informiert, was in unserer Stadt in punkto Beteiligung aktuell ist.

Entwicklung von Qualitätsstandards und einer dauerhaften Beteiligungskultur :

Langfristig wollen wir dazu beitragen, dass sich eine **Kultur der Beteiligung in Potsdam** etabliert, die auch nicht davor zurückschrekt, einheitliche **Qualitätsstandards für Beteiligungsprozesse** zu entwickeln.

Dabei erachten wir es als sinnvoll

- » gemeinsam mit dem verwaltungsinternen Büro die erfolgreichen Prozesse und gesammelten Erfahrungen im Sinne einer "**Denkfabrik**" zusammenzuführen, zu erhalten und weiterzuentwickeln
- » einen "**Beteiligungsatlas**" (Arbeitstitel) zu erstellen: Dieser soll nach Stadt- und Ortsteilen geordnet aufzeigen, wer was wo und wie macht und wie man sich daran beteiligen kann.
- » mit einem gemeinsam entwickelten Handbuch eine Art **Betriebsanleitung "Beteiligung in Potsdam"** (Arbeitstitel) zu erarbeiten: Unsere Kommune verfügt über eine große Zahl an formalen Beteiligungsmöglichkeiten, von denen aber viele spezielles Fachwissen voraussetzen. Wir wollen hierfür einen Leitfaden entwickeln, der den Zugang zu und die Nutzung der vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten erleichtert.
- » zu schauen, was sich verändert: Mit dem **Entwicklungsbericht "Beteiligung in Potsdam"** (Arbeitstitel) sollen die aktuellen Entwicklungen in Potsdam leicht verständlich und übersichtlich dargestellt werden.
- » in die Tiefe zu gehen: Der "**Schwellenkatalog Beteiligung**" (Arbeitstitel) soll dazu dienen, besser bewerten zu können, ab wann und in welcher Form ein bestimmtes Thema oder ein Vorgang einen Beteiligungsprozess auslösen sollte. Wir möchten dazu in Kooperation mit dem verwaltungsinternen Büro sowie Einwohner_innen ein Modell entwickeln, in dem - ergänzend zu den gesetzlichen Regelungen - Schwellen für die Auslösung von Beteiligungsprozessen definiert werden.



Methodenkoffer für Beteiligung

Auch unabhängig von der Potsdamer Situation gibt es eine Vielzahl erprobter, lebendiger und greifbarer Ansätze und Beteiligungsmethoden, die wir gern zur Verfügung stellen und in Potsdam ausprobieren möchten. Dazu zählen Methoden u.a. Onlineinstrumente, Planungsmethoden, Befragungsmethoden, Konferenzmethoden, Organisationsformen für Beteiligung und Trainings- und Coachingmethoden. Für die Praxis ist der Methodenkoffer so konzipiert, dass er beliebig erweiterbar ist.

Im Methodenkoffer finden sich

- » Onlineinstrumente,
- » Planungsmethoden,
- » Methoden zur Einwohner_innenbefragung,
- » Konferenzmethoden,
- » Organisationsformen für Beteiligung (z.B. die aktivierende Stadt- und Ortsteilarbeit und die Arbeit in Stadtteilforen) sowie
- » Trainings- und Coachingmethoden

6. Rahmenbedingungen

Dieses Konzept sieht die Einrichtung von drei Stellen für Mitarbeiter_innen sowie eine geschäftsführende Stelle vor. Dieses Kernteam soll bei Bedarf um Honorarkräfte erweitert werden. Zudem ist die Einbeziehung ehrenamtlicher Freiwilliger vorgesehen. Damit die Mitarbeiter_innen sich auf ihre umfangreichen Aufgaben konzentrieren können, sollen zeitintensive Nebentätigkeiten an dritte Dienstleister ausgelagert werden (Web-Administration, technische Betreuung, Buchhaltung, Personalkostenbetreuung). Um seinen Handlungrahmen kontinuierlich zu erweitern, soll das Büro Drittmittel einwerben. Hier ist die Zielstellung, während des Modellzeitraums pro Jahr 20.000 € einzuwerben.

Durch seine enge infrastrukturelle Anbindung an das Stadtteilnetzwerk Potsdam West e.V. kann das Büro unmittelbar seine Arbeit in dessen Räumlichkeiten aufnehmen.

7. Sicherstellung der Aufgabenerfüllung und Evaluation des Modellprojekts

Das Modellprojekt soll in seiner Arbeit durch einen Beteiligungsrat und einen wissenschaftliche Evaluation begleitet werden. Neben dieser Begleitung ist es jedoch auch notwendig, dass die Mitarbeiter_innen des Büros Techniken entwickeln, um ihre Arbeit eigenständig zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Dabei steht die funktionierende und gleichberechtigte Zusammenarbeit der beiden Teile des Büros im Mittelpunkt. Hierfür schlagen wir vier ineinandergrifffende Methoden vor, die jedoch nur im Abstimmung mit allen Beteiligten entwickelt und umgesetzt werden können:

- » Beide Teile des Büros sollen durch **formative Evaluationen** begleitet werden.
- » Die Mitarbeiter_innen sollen sich einer regelmäßigen **gemeinsamen Supervision** unterziehen.
- » Ergänzend dazu sollen regelmäßige **Intervisionen** stattfinden.
- » Nach Ablauf des dreijährigen Modellzeitraums soll die Arbeit beider Teile des Büros einer **summarischen Evaluation** unterzogen werden, die sich aus den Ergebnissen der jeweiligen formativen Evaluationen und den Ergebnissen der Super- und Intervisionsprozesse speist.

Dreijährige Planung mit Projektstart Oktober 2013 und Projektende September 2016

5.2. Finanzplan

	2013 Okt.- Dez.	2014 Jan. - Dez.	2015 Jan. - Dez.	2016 Jan. - Sep.
EINNAHMEN				
Zuwendung				
Drittmittel	32.500,00 € 0,00 €	130.000,00 € 20.000,00 €	130.000,00 € 20.000,00 €	97.500,00 € 20.000,00 €
Summe	32.500,00 €	150.000,00 €	150.000,00 €	117.500,00 €
KOSTEN				
Personal				
Geschäftsführung a 5 h (TvöD E12/2)	1.606,00 €	6.424,00 €	6.424,00 €	4.818,00 €
Mitarbeiter_in a 25 h (TvöD E10/2)	7.466,00 €	29.863,00 €	29.863,00 €	22.397,00 €
Mitarbeiter_in a 25 h (TvöD E10/2)	7.466,00 €	29.863,00 €	29.863,00 €	22.397,00 €
Mitarbeiter_in a 20 h (TvöD E10/2)	5.973,00 €	23.891,00 €	23.891,00 €	17.918,00 €
Summe	22.511,00 €	90.041,00 €	90.041,00 €	67.530,00 €
Unfallkasse	150,00 €	600,00 €	600,00 €	450,00 €
Fortbildungen	0,00 €	400,00 €	400,00 €	400,00 €
Honorare / Aufwandsentschädigungen	0,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	3.000,00 €
Summe	150,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €	3.850,00 €
Verwaltungskosten				
Miete – Büro (70m² / 8€ NKM)	1.680,00 €	6.720,00 €	6.720,00 €	5.040,00 €
Nebenkosten – Büro (3,40 € / m² / Monat)	714,00 €	2.856,00 €	2.856,00 €	2.142,00 €
Kommunikation	300,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €	900,00 €
Porto, Telefon, Internetanschluss, usw.				
Buchhaltung	900,00 €	3.600,00 €	3.600,00 €	2.700,00 €
Fahrt- und Reisekosten	500,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	2.250,00 €
Leasing	900,00 €	3.600,00 €	3.600,00 €	2.700,00 €
PKW (200 € / Monat), Kopierer (100 € / Monat)				
technische und Web-Administration	300,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €	900,00 €
Büromaterial	300,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €
Versicherungen	125,00 €	500,00 €	500,00 €	375,00 €
Summe	5.719,00 €	23.876,00 €	23.876,00 €	18.207,00 €
Öffentlichkeitsarbeit				
Druckkosten	600,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	2.500,00 €
Honorare Graphik und Layout	300,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €	1.000,00 €
Summe	900,00 €	4.500,00 €	4.500,00 €	3.500,00 €

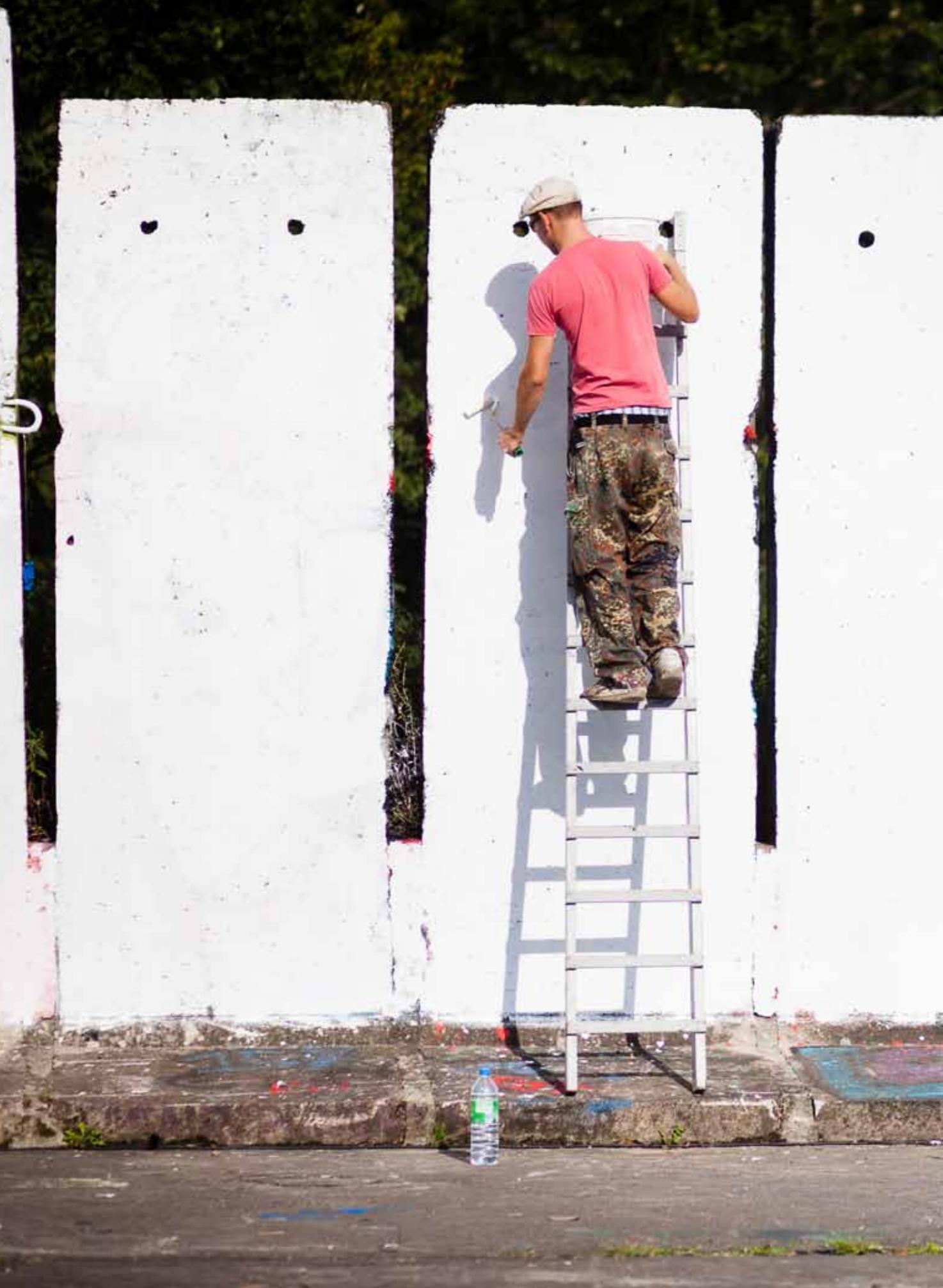


Sachkosten-Veranstaltung

Raummieten	0,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	2.000,00 €
Verbrauchsmaterial	200,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €	1.000,00 €
Sonstiges (Tagungsgetränke, usw.)	100,00 €	500,00 €	500,00 €	300,00 €
drittmittelfinanzierte Veranstaltungen	0,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €
Summe	300,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	23.300,00 €
Anschaffungskosten				
Büroeinrichtung	620,00 €	500,00 €	500,00 €	0,00 €
elektronische Ausstattung	1.000,00 €	200,00 €	200,00 €	200,00 €
PCs, Telefonanlage, Beamer, Mikros, usw.				
Lizenzen für Software	100,00 €	200,00 €	200,00 €	200,00 €
Lizenzen für Methoden	0,00 €	200,00 €	200,00 €	200,00 €
Leasing-Anzahlung PKW	1.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Fachliteratur	0,00 €	200,00 €	200,00 €	200,00 €
Aktionsstand	200,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
sonstige Anschaffungen	0,00 €	283,00 €	283,00 €	313,00 €
Summe	2.920,00 €	1.583,00 €	1.583,00 €	1.113,00 €
Summe	32.500,00 €	150.000,00 €	150.000,00 €	117.500,00 €
Differenz	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

5.3. Langkonzept

1. AUSGANGSLAGE	S. 66
2. ZIELGRUPPEN	S. 76
3. ZIELE	S. 84
4. INHALTE	S. 92
5. METHODEN	S. 112
6. PERSONELLE RAHMENBEDINGUNGEN	S. 134
7. SACHLICHE UND FINANZIELLE RAHMENBEDINGUNGEN	S. 135
8. SICHERSTELLUNG DER AUFGABENERFÜLLUNG UND EVALUATION DES MODELLPROJEKTS	S. 138



1. Ausgangslage

Demokratie ist keine Institution, sondern ein Prozess.

Beobachtet man von diesem Standpunkt aus die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und die rasante Stadtentwicklung Potsdams, wird für unsere Kommune ein Entwicklungsdruck im Bereich der Beteiligung der Einwohner_innen deutlich - verstanden als Ergänzung zu repräsentativ-demokratisch geordneten Entscheidungsstrukturen.

Die gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozesse lassen sich am besten anhand der aus ihnen resultierenden normativen Gesetzgebung auf nationaler Ebene der Bundesrepublik Deutschland einerseits und dem Abschluss von Konventionen auf internationaler Ebene andererseits skizzieren. Blickt man auf die Ebene internationaler Konventionen, wird die Entwicklung hin zu einem Mehr an Beteiligung schnell deutlich. Als aussagekräftige Beispiele lassen sich etwa die Kinderrechts- und Behindertenrechtskonventionen oder auch die Agenda 21 der Vereinten Nationen anführen. Diese fordern im Sinne der nachhaltigen Entwicklung unmissverständlich die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an den sie betreffenden politischen Entscheidungen ein. Es ist dabei jedoch weitgehend den Unterzeichnerstaaten überlassen, wie diese Inklusion und Beteiligung konkret aussieht. Auf europäischer Ebene zeigt unter anderem auch die aktuelle Diskussion um die Einführung einer Direktwahl des Kommissionspräsidenten die Tendenz zu mehr direktdemokratischen Elementen innerhalb der repräsentativ geordneten politischen Ordnung. In der BRD zeigt sich - auf den Konventionen beruhendes - konkretes nationales Handeln etwa in Programmen wie den lokalen Agenda 21 Prozessen oder auch dem nationalen Aktionsplan "kindergerechtes Deutschland". Insbesondere auch das 2004 nivellierte Baugesetzbuch sieht verstärkt Elemente vor, die

die Einwohner_innen beteiligen und trägt damit dem Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung mithilfe der Einbeziehung der Expert_innen vor Ort Rechnung. Mit der Absenkung des Wahlrechtsalters auf 16 Jahre und weiteren Maßnahmen sogar bis hin zur Einführung von online gestützten Liquid-Democracy Softwarelösungen (Landkreis Friesland) gehen immer mehr Bundesländer - wie auch Brandenburg - den Weg hin zu mehr Beteiligung.

Auch unsere Kommune - die Landeshauptstadt Potsdam - hat sich etwa mit der Aufnahme von direktdemokratischen Elementen wie der Einwohnerversammlung oder dem Einwohnerantrag in seine Hauptsatzung diesen Veränderungen nicht verschlossen. Sie nimmt den gesamtgesellschaftlichen Trend auf und setzt ihn in konkretes kommunales Handeln um - besonders auch in Anbetracht der **rasanten Stadtentwicklungsprozesse** in Potsdam.

Durch die stetig wachsende Einwohner_innenzahl werden in dem dichtbesiedelten Ballungsraum Potsdam häufig intensive Interessenwidersprüche ausgelöst. Diese müssen im Rahmen notwendiger Stadtentwicklungen konstruktiv aufgelöst werden. Das macht in außergewöhnlich hoher Frequenz Abwägungs- und Aushandlungsprozesse unter einer Vielzahl unterschiedlicher Interessengruppen und im Wettstreit liegender Zielstellungen nötig. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, sollten partizipative Beteiligungsprozesse gestärkt werden - nur so lassen sich gemeinsame Lösungen erarbeiten, die bei den Einwohner_innen eine breite Akzeptanz finden, da sie an der Erarbeitung dieser unmittelbar beteiligt sind und sicher sein können, dass nicht "über ihre Köpfe hinweg" oder im völligen Gegensatz zu ihren eigenen Bedürfnissen entschieden wird.

Doch nicht nur diese Herausforderungen in der Stadtentwicklung sprechen für die konsequente Stärkung partizipativer Strukturen und die weitere Ausprägung einer konstruktiven Beteiligungskultur.

Verbunden mit dem Wachstum der Einwohner_innenzahl Potsdams verändert sich auch die Bevölkerungsstruktur: Potsdam wird zunehmend durch Personen mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen und von Haushalten mit mittleren und höheren Einkommens- und/oder Vermögenslagen geprägt.

Personengruppen mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen (und entsprechenden Einkommens- und oder Vermögenslagen) sind nachweislich sehr partizipationsfreudig und können sich im Rahmen von Beteiligungsprozessen gut durchsetzen. Gerade durch diese Gruppen mit ihren heterogenen Interessenlagen entstehen aufgrund ihrer - innerhalb gängiger Konventionen - stark ausgeprägten Fähigkeiten zur Partizipation zum Teil sehr kontroverse und zeitintensive Beteiligungsprozesse.

Im Gegensatz dazu können sich die aufgrund diverser gesellschaftsstruktureller Bedingungen (zum Beispiel niedrige Einkommen, niedrige oder keine Bildungsabschlüsse) als "partizipationsfern" verstandenen Personengruppen im Rahmen von Beteiligungsprozessen, die sie nicht "abholen", kaum bis gar nicht durchsetzen.

Diese Unausgewogenheit der Interessenvertretung befördert gesellschaftliche Segregationsprozesse und beschleunigt die soziale Entmischung in der Kommune - wie unter anderem jüngst die Studie "Nichtwähler in Deutschland" der Friedrich-Ebert-Stiftung erneut nachgewiesen hat.

Ähnlich verhält es sich auch bei den zum Teil sehr widersprüchlichen Interessen von älteren und jüngeren Menschen. Im Zuge der allgemeinen demographischen Entwicklung dominieren zunehmend ältere Menschen das Stadtbild, während die Präsenz Jugendlicher zurückgeht. Dabei muss aber auch berücksichtigt werden, dass Potsdam eine relativ hohe Geburtenrate verzeichnet, was Anforderungen an die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur in einigen Stadtteilen nach sich zieht. Hier tragen die Jüngeren durch ihre noch weniger erprobten kommunikativen Kompetenzen und die Unterlegenheit in Anzahl und Ressourcen ein deutliches partizipatives Defizit. Dabei ist jedoch eine ausgewogene Wahrnehmung beider Interessengruppen für eine nachhaltige Gestaltung unserer Stadt entscheidend.

Allein schon diese skizzierten Entwicklungen stellen hohe Ansprüche an die partizipative und inkludierende Qualität der für die Gestaltung einer lebenswerten Stadt notwendigen Aushandlungs- und Beteiligungsprozesse.

Allerdings gesellen sich zu diesen eher allgemeinen Entwicklungen sehr potsdamspezifische Herausforderungen:

So etwa die Eingemeindung neuer Ortsteile im Jahre 2003, hauptsächlich im Norden Potsdams. Diese verfügen zwar durch ihre jeweils gewählten Ortsbeiräte und Ortsvorsteher_innen über eine an die Stadtvorordnetenversammlung angebundene repräsentative Struktur - die Ausprägung individueller Beteiligungsstrukturen, die den sehr heterogenen Ansprüchen und Gegebenheiten der neuen Ortsteile gerecht werden, steht aber neben einigen sehr beispielhaften Ansätzen noch weitgehend aus. Hierbei spielen insbesondere die Unterschiedlichkeiten in dem Spannungsfeld zwischen ländlichen und städtischen Raum eine große Rolle.

Ein ebenfalls für Potsdam charakteristisches Merkmal ist die hohe Dichte an Akteur_innen (Vereinen, Bürgerinitiativen, multiplizierenden Einzelpersonen, Forschungsinstitutionen, Stiftungen usw.). Diese beeinflussen bereits jetzt aus unterschiedlichsten und zum Teil konkurrierenden Motivationen und Perspektiven heraus städtische Prozesse. Sie fordern immer wieder Beteiligung ein und praktizieren Partizipation im Rahmen ihrer individuellen Möglichkeiten. Diese zahlreichen Einzelakteur_innen haben jedoch kaum gemeinsame Anknüpfungspunkte und prägen bisher nur schwache und zeitlich begrenzte Netzwerke aus. Damit ist die Erzeugung effizienter Synergien für die Akteur_innen und die Stadtverwaltung nur sehr eingeschränkt möglich und es müssen zum Teil überaus ähnliche Aushandlungs-, Beteiligungs- und Informationsprozesse häufig wiederholt werden.

Weiterhin spielt in Potsdam die hohe Fluktuation innerhalb der Bevölkerung für Beteiligungsprozesse eine wichtige Rolle: Im Jahr 2011 zogen ca. 10.100 Menschen nach Potsdam, während im gleichen Jahr ca. 8.400 Menschen Potsdam verließen. Dies zeigt nicht nur das starke Wachstum Potsdams, sondern macht deutlich, dass sich die Bevölkerung in einem starken Austausch befindet.

Daraus ergibt sich für Potsdam gleichzeitig die Chance, aber auch die Notwendigkeit, die vielen neuen Potsdamer_innen konstruktiv in partizipative Strukturen einzubinden. So lässt sich nachweislich nicht nur am Besten die Identifikation mit der für die Einwohner_innen neuen Stadt Potsdam herstellen, sondern auch deren Erfahrungen und Bedürfnisse in eine nachhaltige Entwicklung integrieren. Dies gilt insbesondere auch für die Neuansiedlung von gewerbetreibenden Akteur_innen, die breit aufgestellte Forschungslandschaft und die vielen

Student_innen in unserer Stadt. Gerade diese drei Gruppen sollten durch Anbindung und Identitätsstiftung in Potsdam eingebunden und langfristig gehalten werden.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat in Anbetracht der umrissenen Entwicklungen und Anliegen die Aufgabe, die aktuellen und zukünftigen Stadtentwicklungsprozesse so zu organisieren, dass die betroffenen Einwohner_innen aus den jeweilig unterschiedlich partizipationsaffinen Gruppen gleichberechtigt und konstruktiv in die zahlreichen und komplexen Aushandlungsprozesse einbezogen werden.

Dazu müssen Handlungsansätze entwickelt werden, die sozialen Ausschlussprozessen im Zuge von Beteiligung entgegenwirken. Etwa indem auf die jeweiligen Zielgruppen abgestimmte, ressourcenorientierte Methoden zur Anwendung kommen. **Nur so kann die gemeinsame Gestaltung eines vielfältigen und auch zukünftig attraktiven Lebensumfeldes in Potsdam gewährleistet werden.**

Die Landeshauptstadt Potsdam hat im vergangenen Jahrzehnt bereits viele unterschiedliche Schritte unternommen, um die Beteiligung ihrer Einwohner_innen zu verbessern:

Diese Schritte fußen unter anderem auf dem Bericht der Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ des Bundestages aus dem Jahr 2002 und folgen damit den Vorschlägen zur Ergänzung repräsentativer Strukturen um partizipatorische Elemente.

Der im Enquete-Bericht konstituierten Idee der Bürgerkommune trug Potsdam mit dem 2005 verabschiedeten Rahmenkonzept „Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune“ Rechnung. Die besondere Qualität dieser Bürgerkommune liegt in der prozesshaften Neugestaltung des

modellhaften „Dreiecks“ zwischen Einwohner_innen, Kommunalvertretung und Verwaltung. Es geht um die Ergänzung repräsentativer Entscheidungsformen mit direktdemokratischen und kooperativen Formen der Demokratie. So sollen Bürger_innenzufriedenheit und Akzeptanz verbessert, Mitgestaltung organisiert, Mitbestimmung gefördert und mehr Vertrauen zu Politik und Verwaltung geschaffen werden.

In diesem Rahmen schuf die Stadt beispielsweise mit dem Bürgerhaushalt, dem Kinder- und Jugendbüro (in Trägerschaft des Stadtjugendrings Potsdam e.V.), dem Online-Beschwerdemanagement-System „Maerker Potsdam“ oder auch dem Stadtforum bereits eine Reihe von Instrumenten mit dem Ziel, die Einwohner_innen Potsdams mehr zu beteiligen.

Versteht man Demokratie als Prozess, genügen aber nur punktuelle Beteiligungsansätze nicht.

Neben einer effizienten Vernetzung von Akteur_innen und einer Versteigerung von Partizipation sind zusätzliche Entwicklungsschritte notwendig. An diesem Punkt soll das Büro für Bürgerbeteiligung ansetzen.

Im prozessualen Sinne der Demokratie gedacht, stellt eine solche institutionalisierte Einrichtung einen zweckmäßigen Ansatz dar: So wird der Entwicklungsprozess „Bürgerkommune“ konsequent vorangetrieben und der punktuellen Natur vieler Beteiligungselemente entgegengewirkt. Die Qualität von Entwicklungsprozessen, Beteiligungsstrukturen und Ergebnissen aus partizipativen Verfahren wird so gezielt und langfristig entwickelt.

Wir wollen als Trägergemeinschaft und später als Verein mitMachen e.V. in einem dreijährigen Modellzeitraum, die in diesem - bundesweit bisher einzigartigen - Projekt liegenden Potenziale für unsere Stadt ausloten und engagiert erproben.

Die in dieser Trägergemeinschaft vereinten Institutionen haben bereits eine Vielzahl an praktischen Erfahrungen mit der Organisation und Begleitung von Beteiligungsprozessen in Potsdam - in verschiedenen Stadtteilen, mit unterschiedlichen Zielgruppen und zu vielen Themen. So verfügt das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V. über stadtteilbezogene Erfahrungen mit sowohl gelungenen bottom-up wie auch top-down Beteiligungsprozessen (z.B. mit der Bürger_inneninitiative "Westkurve" oder den vielfältigen Aktionen rund um die nunmehr besser entwickelte "Platte"). Die KUBUS gGmbH verfügt mit ihren Einrichtungen Treffpunkt Freizeit sowie dem Bürgerhaus am Schlaatz über institutionell fest verankerte Einrichtungen in zwei gegensätzlichen Stadtteilen, die jeweils eine zentrale Funktion hinsichtlich Einwohner_innendialog sowie Ehrenamtsarbeit einnehmen. Der Stadtjugendring Potsdam e.V. ist überdies Träger des Kinder- und Jugendbüro, der öffentlich geförderten und politisch legitimierten Koordinierungsstelle für die Belange der Kinder- und Jugendbeteiligung in Potsdam. Dabei verfolgt das Kinder- und Jugendbüro mit den Arbeitsschwerpunkten der Unterstützung von Kinder- und Jugendinitiativen einerseits, der Förderung von direkter Beteiligung der jungen Einwohner_innen an kommunalen Planungsprozessen andererseits sowie dem multiplikatorischen Ansatz der Netzwerkarbeit in den Stadt- und Ortsteilen bereits vieles, was sich auch im vorliegenden Konzept wiederfindet. Zudem setzt sich das Kinder- und Jugendbüro in Kooperation mit Politik, Verwaltung und Jugendarbeit für die strukturelle Verankerung von Beteili-

gung ein, um dauerhafte und gesicherte Möglichkeiten der Partizipation für die jungen Zielgruppen zu fördern.

Diese Trägergemeinschaft verbindet demnach geballte fachliche Kompetenz, einen hohen Grad an Vernetzung in der Stadt Potsdam und vielfältige Erfahrungen in der Arbeit mit Potsdams Einwohner_innen. Auf dieser Expertise wollen wir aufbauen.

2. Zielgruppen

Durch die Vielfalt der Aufgaben des verwaltungsexternen Büros für Beteiligung ergeben sich sehr unterschiedliche Zielgruppen, die sich in primäre (A), sekundäre (B) und strukturell-funktionale (C) Zielgruppen unterscheiden.

A. Primäre Zielgruppen

Die primäre Zielgruppe ist das Kernelement der Arbeit des verwaltungsexternen Büros. Alle Ansätze, Angebote und Methoden orientieren sich in erster Linie an den Bedürfnissen dieser Gruppe(n).

A.1. Einwohner_innen

Die Arbeit des Büros für Bürgerbeteiligung richtet sich grundsätzlich an alle Einwohner_innen Potsdams.

Insbesondere die nicht-organisierten Einwohner_innen jeder sozialen, kulturellen und bildungsbezogenen Herkunft in den verschiedenen Stadt- und Ortsteilen wollen wir mit den Angeboten erreichen. Niedrigschwellige Formen und Methoden sollen es dabei ermöglichen, alle Einwohner_innen im Sinne der Basisaktivierung anzusprechen und ihren Wünschen und Bedürfnissen entsprechend einzubinden.

Hierbei wird ein Schwerpunkt der Arbeit darauf liegen, ressourcenorientierte Methoden zu entwickeln, die insbesondere diejenigen Einwohner_innen einbinden, die im konventionellen Sinne als partizipationsfern verstanden werden.

A.2. Zivilgesellschaftliche Netzwerke

Die Arbeit des Büros für Bürgerbeteiligung richtet sich an die bestehenden und zukünftigen zivilgesellschaftlichen Akteur_innen und Netzwerke.

Hierunter verstehen wir etwa Bürger- und Begegnungshäuser, kulturelle Einrichtungen, Stadtteil- und Bürgerinitiativen und Stadtteilräte (Stern, Drewitz, Schlaatz, Waldstadt 1 und 2, usw.), ehrenamtlich aktive Einwohner_innen, soziokulturelle Akteur_innen in den Stadt- und Ortsteilen (z.B. Treffpunkt Freizeit, Waschhaus, Lindenpark, Archiv), Quartiersmanagement (z.B. Projektladen Drewitz, Stadtkontor, Entwicklungsträger Bornstedter Feld), privatwirtschaftliche Akteur_innen (z.B. Einzelhandel), Kinder- und Jugendbüro (Stadtjugendring Potsdam e.V.), Stiftungen (z.B. Bürgerstiftung Potsdam, Stiftung Großes Waisenhaus), Kinder- und Jugendclubs und Streetworker (z.B. Wildwuchs Streetwork) sowie Wohlfahrtsorganisationen (z.B. Volkssolidarität, AWO, Diakonie, Paritätischer).

Diese lokal in Stadt- oder Ortsteilen verwurzelten beziehungsweise in speziellen Zielgruppen eingebundenen oder an Einzelthemen engagierten Akteur_innen werden im Sinne eines multiplikatorischen Ansatzes in die Arbeit des Büros einbezogen. Zudem sollen sie in ihrer Rolle als Expert_innen für die örtlichen, thematischen oder zielgruppenspezifischen Eigenheiten und für aktuelle Beteiligungsbedarfe bestärkt und durch das Büro kontinuierlich begleitet werden.

B. Sekundäre Zielgruppen

Politik und Verwaltung werden als sekundäre Zielgruppe des verwaltungsexternen Büro mehr als Kooperations- und Dialogpartner_in, denn als Rezipient_in des Angebots verstanden.

B.1. Politik

Diese Zielgruppe ist aufgrund ihrer strukturellen Einbindung in repräsentative Funktionen im Vergleich zur primären Zielgruppe stetig mit beteiligungsrelevanten Informationen und einer stadtweiten Perspektive versorgt und kann im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Gremien Einfluss ausüben sowie ihre Bedarfe in geregelten Verhältnissen artikulieren. Entscheidend für die erfolgreiche Arbeit des verwaltungsexternen Büros ist insbesondere der regelmäßige Informationsaustausch mit den repräsentativ-politischen Akteur_innen, da sie ausschlaggebend für Entscheidungen über die Aufsetzung, Finanzierung und Realisierung der Ergebnisse von Beteiligungsverfahren mit der primären Zielgruppe sind.

B.1.1. Stadtverordnete

Die ehrenamtlich tätigen Stadtverordneten nehmen als privilegierte Informationsträger_innen und mit ihrem strukturell geregelten Zugang zur Verwaltung eine wichtige Funktion ein und können zur erfolgreichen Durchführung von Beteiligungs- und Dialogprozessen maßgeblich beitragen. Dabei muss jedoch stets die Überparteilichkeit des Büros gewahrt werden. Die Stadtverordneten sollen sich – verstanden als Einwohner_innen – jederzeit an das Büro wenden und sich in Beteiligungsprozesse einbringen können.

B.1.2. Stadtverordnetenversammlung, Ausschüsse und Gremien

Innerhalb dieser Zielgruppe wird sich die Hauptebene des Austausches und der Zusammenarbeit mit dem Büro für Bürgerbeteiligung abspielen. Hier ist die für die Arbeit des Büros entscheidende Überparteilichkeit stets gewährleistet und hier liegen die für Beteiligungsprozesse ausschlaggebenden Entscheidungsbefugnisse. Es ist für das Büro daher sehr wichtig, sich regelmäßig in den thematisch verantwortlichen Ausschüssen einzubringen und anstehende Beteiligungsprozesse in der Stadtverordnetenversammlung zu kommunizieren und die daraus resultierenden Entscheidungen des Plenums aufzunehmen, umzusetzen und zu transportieren.

B.1.3. Parteien und Wähler_innengruppen

Das Büro für Bürgerbeteiligung versteht die kommunalen Ebenen der Parteien und die lokalen Wähler_innengruppen als organisierte Einwohner_innenschaft und möchte daher die hier bereits vorhandenen und etablierten Strukturen - je nach Bereitschaft der einzelnen Organisationen - in seinen multiplikatorischen Ansatz einbinden. Dabei werden im Sinne der notwendigen Überparteilichkeit alle Parteien und Wähler_innengruppen im gleichen Ausmaß angesprochen.

» B. Sekundäre Zielgruppen

B.2. Verwaltung

Die Stadtverwaltung stellt in ihrer Gesamtheit eine wichtige Kooperationspartner_in für das verwaltungsexterne Büro für Bürgerbeteiligung dar. Als Expert_innen für Abläufe und Vorhaben der Verwaltung sind die städtischen Mitarbeiter_innen und Planungsverantwortlichen einerseits unverzichtbar als Lieferant_innen von beteiligungsrelevanten Informationen und andererseits als verantwortliche Auslöser_innen oder Wegbereiter_innen konkreter Beteiligungsprozesse innerhalb ihrer jeweiligen fachlichen Zuständigkeit. Außerdem sind sie für die Etablierung einer Beteiligungskultur inner- und außerhalb der Verwaltung als Multiplikator_innen und Unterstützer_innen von großer Bedeutung. Die städtischen Mitarbeiter_innen auf dem Weg zu einer konstruktiven Beteiligungskultur "mitzunehmen" ist daher ein wesentlicher Anspruch.

B.2.1. Fachverwaltungen:

Grundsätzlich gilt es, Entscheidungsträger_innen und Planer_innen aus allen Verwaltungsbereichen in die Arbeit an Beteiligungsprozessen je nach fachlicher Zuständigkeit einzubeziehen. Allerdings gibt es Verwaltungsbereiche, die erfahrungsgemäß häufiger in solche Prozesse eingebunden sind. Daher sollen unter anderen folgende Verwaltungsbereiche im besonderen - aber nicht ausschließlichen - Fokus des Büros stehen:

- Geschäftsbereich 2 Bildung, Kultur und Sport
- Fachbereich 21 Schule und Sport
- Geschäftsbereich 3 Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung
- Fachbereich 32 Ordnung und Sicherheit
- Geschäftsbereich 4 Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt
- Fachbereich 46 Stadtplanung und Stadterneuerung
- Fachbereich 47 Grün- und Verkehrsflächen
- Fachbereich 35 Kinder, Jugend und Familie
- Geschäftsbereich 9 Oberbürgermeister
- Fachbereich 92 Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Diese Schwerpunktsetzung deckt sich weitgehend mit den Ergebnissen der jüngsten Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik: "Auf dem Weg, nicht am Ziel. Aktuelle Formen der Bürgerbeteiligung - Ergebnisse einer Kommunalbefragung." (Januar 2013).

» B. Sekundäre Zielgruppen

B.2.2. Einrichtungen der Bürgerkommune

Die im Kontext der Bürgerkommune bereits entstandenen und erprobten Einrichtungen, wie etwa der Bürgerhaushalt oder auch das Stadtforum, stellen ebenfalls sinnvolle Anschluss- und Kooperationsstrukturen dar und sollen in der Funktion von Erfahrungsträger_innen in die laufende Arbeit und vor allem in die kritische Evaluation sowie Weiterentwicklung des Büros einbezogen werden.

B.2.3. Stadtmarketing und Bürgerservice

Die Bereiche Stadtmarketing und Bürgerservice sind als Multiplikationsstrukturen unverzichtbare Kooperationspartner_innen. Insbesondere das Stadtmarketing erfüllt mit Blick auf stadtweite Beteiligungsprozesse in seiner für die Aufarbeitung und Weitergabe von Informationen verantwortlichen Rolle eine wichtige Funktion und soll nach Möglichkeit intensiv in die Arbeit des Büros miteinbezogen werden.

B.2.4. Beauftragte Dritte

Insbesondere die im Zusammenhang mit Planungsaufgaben durch die Stadt beauftragten Dritten stellen für die erfolgreiche Durchführung von Beteiligungsprozessen einen wichtigen Anknüpfungspunkt dar. Das Büro wird auf die Kooperation und Einbindung dieser Akteur_innen angewiesen sein. Hierzu zählen auch die städtischen Tochterunternehmen, wie die ProPotsdam und die Stadtwerke Potsdam mit all ihren jeweiligen Töchtergesellschaften.

Mit den folgenden Zielgruppen wollen wir eine beständige, vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit etablieren und dauerhaft gewährleisten. Sie sind in der Arbeitsstruktur des Büros für Bürgerbeteiligung fest verankert. Hierzu sollen in der Aufbauphase des Büros Vereinbarungen zu Kompetenzen, Funktion, Struktur, Evaluation, Supervision und Intervision getroffen und in einer gemeinsamen Geschäftsordnung fixiert werden.

C.1. Beteiligungsrat

Der durch eine Auslosung besetzte Beteiligungsrat wird die Arbeit des Büros eng begleiten und im Sinne der Einwohner_innenschaft Potsdams mit einem verbindlichen korrekten Feedback versorgen. Hierzu muss das Büro die Voraussetzungen schaffen, indem es den Beteiligungsrat ständig mit allen relevanten Informationen zu seiner Arbeit und den anstehenden Beteiligungsprozessen versorgt und sicherstellt, dass die Beiträge des Rates umgehend Eingang in die eigene Arbeit finden.

C.2. verwaltungsinternes Büro für Bürgerbeteiligung

Die gemeinsame Arbeit des verwaltungsinternen Büros und die des verwaltungsexternen Büros ist umso erfolgreicher, je besser und enger sie miteinander verschränkt sind. Im Sinne zweier gleichberechtigter Teile wird es regelmäßige Abstimmungen geben, welche einen verlässlichen Rahmen gestalten und den alltäglichen Austausch in einem hierarchiefreien Raum zulassen. Nur so kann die Arbeit des Büros für Bürgerbeteiligung gelingen. Hierzu sind schnellstmöglich die entsprechenden Mechanismen auszuprägen, zu praktizieren und regelmäßig auf ihre Effizienz und Wirksamkeit hin zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

3. Ziele

Wir möchten als freier Träger des Büros für Bürgerbeteiligung durch Information, Befähigung, Hilfestellung und Beratung als eine der treibenden Kräfte an der langfristigen Ausprägung und effizienten Umsetzung einer aktiven Potsdamer Beteiligungskultur mitwirken. Eine aktive Kultur der Beteiligung trägt mit dazu bei, die Lebens- und Arbeitsqualität in den einzelnen Stadt- und Ortsteilen zu erhöhen. Durch eine Offenheit von Mitbestimmungs-, Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen für die Einwohner_innen, gewinnt die Stadt Potsdam als Standort an Attraktivität. Eine aktive Kultur der Beteiligung beruht dabei nach unserer Ansicht auf folgenden Grundsätzen, die gleichzeitig die langfristigen Zielstellungen des Büros und seiner Mitarbeiter_innen darstellen:

Gleichbehandlung aller Einwohner_innen Potsdams:

Das Büro und seine Mitarbeiter_innen werden alle Potsdamer_innen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, Befähigungen, Einkommen, Ausdrucksfähigkeit, Mobilität, zeitlicher Flexibilität, Kenntnisstand im Rahmen des Beteiligungsprozesses und Gruppenzugehörigkeit als gleichberechtigte, selbstbestimmte Subjekte verstehen und dafür Sorge tragen, dass ihnen im Rahmen von Beteiligungsprozessen die gleichen Rechte und Chancen zur Mitgestaltung ihres Lebensumfeldes in Potsdam eingeräumt werden.

Inklusion / Barrierefreiheit:

Bevölkerungsgruppen und Individuen, denen im Laufe von Beteiligungsprozessen durch die gesellschaftliche Zuschreibung der „Behinderung“ oder anders gearteter struktureller Benachteiligungen signifikante Nachteile bei der Einbringung und Umsetzung ihrer Interessen entstehen, werden durch das Büro und seine Mitarbeiter_innen dem inklusiven Ansatz der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung entsprechend, in Beteiligungsprozesse inkludiert. Hierzu wird ein Schwerpunkt auf der Sichtbarmachung von Hürden und Barrieren aller Art und deren Abbau liegen. Dabei soll großer Wert auf die Zusammenarbeit mit bereits engagierten Akteur_innen gelegt werden (z.B. Behindertenbeirat, Büro für Chancengleichheit).

Intermediarität:

Das Büro und seine Mitarbeiter_innen verstehen sich als intermediär. Sie verorten ihre Arbeit als zwischen den Einwohner_innen, den Verwaltungsmitarbeiter_innen und den kommunalen Politiker_innen liegend. **Die Wahrung dieses „dazwischen liegenden“ Charakters ist gleichzeitig Grundsatz, Voraussetzung und Ziel für die erfolgreiche Arbeit des Büros**, da nur so eine unvoreingenommene und eine an sozialem Ausgleich orientierte Funktionsweise sichergestellt werden kann, die auch von allen an diesem Trialog beteiligten Gruppen und Individuen als solche wahrgenommen und anerkannt wird.

Frühzeitige Einbeziehung der Einwohner_innen:

Die Einwohner_innen Potsdam sollen frühzeitig in kommunalpolitische Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozesse einbezogen werden. Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Zeitpunkten der Beteiligung soll hier im besten Fall bereits vor dem Planungsbeginn von Projekten innerhalb der Verwaltung die Möglichkeit der Beteiligung eröffnet und an die Einwohner_innen vermittelt werden.

Niedrigschwellige Informationsbereitstellung und allseitige Transparenz:

Voraussetzung für Beteiligungsprozesse aller Art ist die Bereitstellung aller relevanten Informationen, die für die jeweils involvierten Teilnehmer_innen niedrigschwellig zugänglich und verständlich sein sollen. Daher liegt einer der Schwerpunkte des Büros und seiner Mitarbeiter_innen in der Aufarbeitung, Bereitstellung und Vermittlung von Informationen, die im Kontext von möglichen Beteiligungsprozessen vorhanden sind. Dies kann jedoch nur gelingen, **wenn Wissensräume hierarchiearm gestaltet und Informationen transparent und verständlich aufbereitet werden**. Bei Beibehaltung des persönlichen Datenschutzes meint dies insbesondere die Offenlegung von prozessbedingt relevanten Daten, Kenntnissen und Interessen durch die involvierten Verwaltungsmitarbeiter_innen und Politiker_innen, aber auch die beteiligten Einwohner_innen.

Etablierung einer zweckdienlichen Kommunikationskultur:

Das bestimmende Element aller Beteiligungsprozesse ist die darin vorherrschende Kommunikationskultur - also das “Wie” des Miteinander. Idealerweise sollte dieses direkt, sachlich, konstruktiv, wertschätzend, gleichberechtigt und gewaltfrei sein. Das Büro und seine Mitarbeiter_innen verstehen ein angemessenes Kommunikationsverhalten als Grundvoraussetzung zum konstruktiven Ablauf von Beteiligungsprozessen. Dabei soll dieser Grundsatz insbesondere durch die Schaffung und Ausprägung von Achtsamkeit gegenüber dem eigenen Kommunikationsverhalten und dem der anderen Involvierten umgesetzt werden.

Anerkennungskultur:

Die Entwicklung einer Kultur der Beteiligung braucht gegenseitige Anerkennung! Hierunter verstehen das Büro und seine Mitarbeiter_innen nicht nur die gleichberechtigte Anerkennung aller Gruppeninteressen im Zuge eines Beteiligungsprozesses, sondern auch die psychosoziale Belohnung von Engagement im Kontext der Beteiligung mittels zwischenmenschlicher und strukturell veranlagter Wertschätzung. Dazu gehört etwa der Ansatz, Einwohner_innen im Kontext von Beteiligung als die Expert_innen vor Ort zu verstehen und dementsprechend wertschätzend einzubeziehen. Gleiches gilt aber auch für engagierte Verwaltungsmitarbeiter_innen, die bei ihrer Mitwirkung an Beteiligungsprozessen zum Teil weit über die ihnen zugeschriebenen Verpflichtungen hinausgehen und daher für ihren jeweiligen persönlichen Einsatz anzuerkennen sind. Zwingende Voraussetzung zur Etablierung einer solchen Anerkennungskultur ist nach Auffassung des Büros und seiner Mitarbeiter_innen an erster Stelle die Sichtbarmachung der jeweils geleisteten Beiträge und des jeweiligen individuellen Arbeitsaufwandes der am Prozess beteiligten Personen sowie an zweiter Stelle die gemeinsame Entwicklung und Ausprägung von Verhaltensweisen und Strukturen, die eine Wertschätzung nach den beschriebenen Kriterien ermöglichen und einfordern.

Verbindlichkeit von Beteiligungsprozessen:

Die zunehmend zur Anwendung kommenden Beteiligungsmethoden unkonventioneller Natur (wie etwa World Cafe, Charette Verfahren, Planning for Real, usw.) tragen aufgrund ihres weder gesetzlich noch demokratietheoretisch geregelten Charakters eine hohe Unsicherheit hinsichtlich ihres Handlungsrahmens und der Umsetzung ihrer Arbeitsergebnisse in sich. Insbesondere hierbei, aber auch im Rahmen geregelter, konventioneller Beteiligungsprozesse, werden das Büro und seine Mitarbeiter_innen im Zusammenwirken mit allen am Prozess beteiligten Gruppen Methoden (z.B. Kooperationsvereinbarungen, agreements on conduct) entwickeln und umsetzen, die eine größtmögliche Verbindlichkeit im Sinne einer beständigen Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität erzeugen. Ein solches Vorgehen macht für alle Beteiligten das Übernehmen von Verantwortung und das Erleben von Selbstwirksamkeit möglich. Dies bezieht sich sowohl auf individuell abgestimmte Methoden im Rahmen von einzelnen Prozessen, als auch gegebenenfalls auf die Schaffung übergreifender Regelungen sowie deren Einbindung in die zuständigen Regelwerke – beispielsweise in die Hauptsatzung der LHP.

Aktivierung und Empowerment:

Das Büro und seine Mitarbeiter_innen verfolgen neben der Aufgabe, Beteiligungsprozesse aufzunehmen, zu koordinieren und organisatorisch zu begleiten, auch das Ziel, neue Beteiligungsprozesse omnidirektional (bottom-up, top-down, peer to peer) anzuregen. Dabei gilt es, möglichst breit alle vorhandenen Interessengruppen und involvierten Individuen anzusprechen und zur Beteiligung zu aktivieren und/oder vorzugsweise den Akt der Selbstaktivierung zu befördern. Ausschlaggebend hierfür ist die Vermittlung von theoretischen und praktischen Kompetenzen im Feld der Beteiligung sowie die Anregung zum eigenständigen Kompetenzerwerb. Dabei stehen folgende inhaltliche Bereiche im Mittelpunkt: kommunikative Kompetenzen, Möglichkeiten und Grenzen von Beteiligung, Verfahren und Methoden der Beteiligung, kommunal- und verwaltungsrechtliche Regelungen konventioneller Beteiligungsprozesse, Organisation und Wirkungsweisen unkonventioneller Beteiligungsprozesse, Struktur und Arbeitsweise der kommunalen Verwaltung und des kommunalen Parlaments.

inklusive Beteiligung:

Die Partizipationsforschung hat nachgewiesen, dass konventionelle Partizipationsmethoden häufig soziale Ausschlussprozesse auslösen. Daraus ist zu schließen, dass eine Vielzahl von Menschen ihr Wissen und ihre Interessen nicht in die gemeinsame Gestaltung unserer Kommune einbringen. Diese Menschen werden gern als "partizipationsfern" beschrieben. Bedingende gesellschaftsstrukturelle Faktoren dafür sind etwa niedrige Einkommen, niedrige oder keine Bildungsabschlüsse, Armut oder Armutgefährdung und Migrationshintergründe. Folgt man dem Grundsatz der politischen Gleichberechtigung (oder der politischen Gleichheit) aller Bürger_innen stellt sich die Aufgabe, Beteiligungsmethoden zu entwickeln und zu erproben, die sozialen Ausschlussprozessen konsequent entgegenwirken. Es soll ein Verständnis gewonnen werden, das nicht jene Menschen als "partizipationsfern" ansieht, sondern vorhandene Partizipationsformen auf ihre ausschließende Methode hin prüft und entsprechend entgegenwirkt.

Das Büro für Bürgerbeteiligung möchte unter Berücksichtigung der genannten Ziele mit seiner Arbeit (Information, Befähigung, Hilfestellung, Beratung) die Voraussetzungen für eine aktive Beteiligungskultur in Potsdam schaffen. Im Folgenden werden die Inhalte geordnet nach der angestrebten zeitlichen Umsetzung (kurz-, mittel- und langfristig) dargestellt.



4. Inhalte

Die Aufgaben des Büros für Beteiligung sind sehr vielfältig und reichen von der niedrigschwlligen Bereitstellung und Aufbereitung von Informationen über die Mobilisierung innerhalb der Stadtteile, der Kompetenzvermittlung an Initiativen, Vereine und Einwohner_innen bis zur Unterstützung von Beteiligungsprozessen. Im Sinne der Basisaktivierung sollen in den Stadt- und Ortsteilen offene Gespräche geführt werden, um Bedarfe für Beteiligung zu erfassen und Beteiligungsvorhaben und -verfahren zu begleiten.

Generell soll das Büro dazu beitragen, offene Foren für Austausch und Diskussion in den Stadtteilen zu initiieren und zu etablieren. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Zusammenarbeit mit dem verwaltunginternen Teil des Büros und in der Unterstützung von top-down-Beteiligungsverfahren.

A. strukturelle Aufgaben

Wir sehen folgende strukturellen und inhaltlichen Aufgaben für das Büro, den Träger und die Mitarbeiter_innen:

A.1. Aufbauphase: die ersten 6 Monate

Während der Aufbauphase der ersten 6 Monate erarbeiten die Mitarbeiter_innen des freien Trägers des Büros für Bürgerbeteiligung eine gemeinsame Geschäftsordnung und Ziel- und Aufgabenplanungen mit den Mitarbeiter_innen des verwaltungsinternen Büros und dem Beteiligungsrat. Dies stellt künftig die Grundlage für die Zusammenarbeit und die Erarbeitung von Beteiligungsstandards, sowie die Evaluation des Modellprojekts dar.

Es finden regelmäßig Arbeitstreffen und Teamsitzungen der beiden Büros statt, in denen die jeweilige Arbeitsweise abgestimmt und eine gemeinsame Geschäftsordnung erarbeitet wird.

Die Mitarbeiter_innen des freien Trägers machen sich in den Stadt- und Ortsteilen bekannt, indem sie sich und das Büro für Bürgerbeteiligung bei bestehenden Institutionen, Bürgerhäusern, Vereinen und Initiativen sowie der Einwohner_innenschaft (z.B. auf öffentlichen Plätzen) vorstellen und sich mit diesen vernetzen. **Es werden Kooperationsvereinbarungen für die Zusammenarbeit erarbeitet und im Gespräch Entwicklungen und Bedarfe im Stadt- und Ortsteil erfasst, die als eine Grundlage für die Arbeit des Büros dienen sollen.** Weiterhin stellen sich die Mitarbeiter_innen bei den vorhandenen Strukturen, Gremien und Arbeitsgruppen der städtischen Fachbereichsverwaltung vor, um bei diesen langfristig konstruktiv mitwirken zu können.

Die Mitarbeiter_innen des Büros erarbeiten intern eine Geschäftsordnung, die Grundlage für die tägliche Arbeit sein soll. Dazu gehört die Planung von regelmäßigen Arbeitstreffen, die Aufgabenverteilung sowie die Erarbeitung von Kriterien, um die eigene Arbeit kritisch zu reflektieren und zu evaluieren.

A.2. Ab 2014 und fortlaufend während Modellzeitraum

Die Zusammenarbeit der beiden Teile des Beteiligungsbüros ist eine der wesentlichen Grundlagen, um Beteiligungsprozesse in der Landeshauptstadt Potsdam, die bottom-up und top-down initiiert sind, konstruktiv unterstützen und begleiten zu können. Dazu gehören regelmäßige Arbeitstreffen während des Modellzeitraums, in denen sich die Beiden gegenseitig über Entwicklungen in der Verwaltung, wie auch in den Stadt- und Ortsteilen informieren. Beteiligungsverfahren werden gemeinsam erarbeitet, geplant und begleitet, sowie die tägliche Arbeit aufeinander abgestimmt. Die beiden Teile des Büros stehen sich jeweils als kompetente Ansprechpartner gegenüber, wenn es um Fragen aus dem jeweils anderen Arbeitsfeld geht. Sie unterstützen sich gegenseitig dabei, für interessierte Einwohner_innen Ansprechpartner in der Verwaltung oder in den Stadt- und Ortsteilen zu vermitteln.

In Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsrat gehört die fortlaufende Dokumentation und die Evaluation der eigenen Arbeit zu den Aufgaben der Mitarbeiter_innen, um die eigene Arbeitsweise zu reflektieren und stetig zu verbessern.

Die im Modellzeitraum erarbeiteten Beteiligungsstandards werden fortlaufend herangezogen, um Beteiligungsprozesse auf deren Einhaltung zu prüfen und diese gegebenenfalls weiter zu optimieren. Die Beteiligten erarbeiten Kriterien, nach denen geprüft werden kann, inwieweit die Beteiligungsstandards bei Beteiligungsverfahren eingehalten werden.



» A. strukturelle Aufgaben

Zur Erweiterung der Arbeitsgrundlage und zur besseren Unterstützung gehört die Akquise und Einwerbung von Drittmitteln zu den Aufgaben der Mitarbeiter_innen des Büros.

Fortlaufend setzen sich die Mitarbeiter_innen für die Vernetzung mit den Einrichtungen und Initiativen in den Stadtteilen ein und sind Ansprechpartner_in für diese im Zusammenhang mit Beteiligungsthemen. Die Kooperation mit den Institutionen vor Ort dient als Arbeitsgrundlage, um in den Stadt- und Ortsteilen ansprechbar zu sein und um mit deren Unterstützung Beteiligungsprozesse, die aus den Stadtteilen heraus initiiert werden, konstruktiv begleiten und unterstützen zu können.

Die Zusammenarbeit mit Multiplikator_innen in den bestehenden Arbeitsgemeinschaften und Gremien gehört zu den regelmäßigen Aufgaben der Mitarbeiter_innen des Büros, um Bedarfe zu erfassen, zu kommunizieren und um sich fortlaufend zu vernetzen.

B. inhaltliche Aufgaben

B.1. Aufbauphase: die ersten 6 Monate

Die inhaltlichen Aufgaben während der Aufbauphase sind Informationen zu sammeln, auszuwerten und zu veröffentlichen sowie offene Gespräche in den Stadt- und Ortsteilen zu führen.

B.1.1. Informationsbereitstellung:

Die Mitarbeiter_innen erarbeiten zu Beginn des Modellzeitraums eine Internetplattform, auf der sie den Einwohner_innen das Büro, dessen Aufgaben und Arbeitsweisen in verständlicher Art und Weise vorstellen. Weiterhin werden Informationen zu rechtlichen und formellen Beteiligungsmöglichkeiten sowie deren Funktionsweise und Einbettung in das "System Stadt" zu finden sein, die den Einwohner_innen barrierefrei, niedrigschwellig und in verständlicher Sprache Zugang zu Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen. Dazu gehört auch die Recherche und Bereitstellung von bereits laufenden und geplanten Beteiligungsverfahren. Um den Einwohner_innen, die mit der Nutzung des Internets weniger vertraut sind, einen einfachen Zugang zu diesen Inhalten zu ermöglichen, werden Angebote auch in Printform, d.h. durch die Erstellung von Flyern, Broschüren und Plakaten erarbeitet. In Zusammenarbeit mit Fachkräften der Fachhochschule Potsdam sollen diese Informationen auch inklusiv, d.h. als Audio- und Videoformate mit Gebärdensprache bereitgestellt werden. Auf der Internetseite wird ein Bereich Auskunft über bestehende Vereine, Initiativen und Institutionen geben, um interessierte Einwohner_innen mithilfe einer einfachen Informationsquelle darüber zu informieren, wer in ihrem Stadt- und Ortsteilen aktiv ist und wo sich engagiert werden kann. Das Erstellen und die Pflege einer Seite auf Facebook gehört ebenfalls zu den Aufgaben der Mitarbeiter_innen, um das Beteiligungsbüro und sein Anliegen auch in den sozialen Netzwerken bekannt und dort aktivierend Informationen leicht zugänglich zu machen.

B.1.2. Basisaktivierung in den Stadt- und Ortsteilen

Die Mitarbeiter_innen werden in den Stadt- und Ortsteilen bei den Initiativen und Vereinen, aber vor Allem auch bei den Einwohner_innen die Arbeitsweise, den Auftrag und das Ziel des Büros vorstellen. Dabei wird in offenen Gesprächen und mittels einer lebendigen, aktivierenden Methodik erfasst, welche Beteiligungsprozesse bereits in den Stadt- und Ortsteilen stattfinden und wie die Einwohner_innen, Initiativen und Vereine bei der Umsetzung von Verfahren unterstützt werden können. Auf dieser Grundlage soll den Einwohner_innen die Einleitung von bottom-up Beteiligungsprozessen erleichtert werden.

» B. inhaltliche Aufgaben

B.2. Ab 2014 und fortlaufend während Modellzeitraum

Die Aufgaben der Aufbauphase werden in den folgenden Jahren erweitert. Wir wollen top-down Beteiligungsverfahren unterstützen, die Potsdamer_innen in Fragen der Bürger_innenbeteiligung beraten und qualifizieren und an der Gestaltung von Beteiligungsprozessen mitwirken.

B.2.1. Informationsbereitstellung

Während des Modellzeitraums gehört es zu den Aufgaben der Mitarbeiter_innen des freien Trägers, top-down initiierte Beteiligungsprozesse zu recherchieren und verständlich aufzubereiten, sowie diese zu kommunizieren und sowohl in Online- als auch in Printmedien zu veröffentlichen.

Unter Nutzung des während der Aufbauphase aufgebauten Netzwerkes werden auf der Homepage, in sozialen Netzwerken und in Printform in einer Rubrik "Was ist los in den Stadt- und Ortsteilen?" Informationen dazu bereitgestellt, welche Beteiligungsverfahren aus den Stadtteilen heraus initiiert wurden. Für die Einwohner_innen soll so die Möglichkeit geschaffen werden, einfach an Informationen darüber zu gelangen, was in ihrem Stadt- und Ortsteil in Bezug auf Beteiligung und Partizipation passiert. Gemeinsam mit den Mitarbeiter_innen des verwaltunginternen Teils des Büros für Bürgerbeteiligung sollen mit diesen Informationen top-down initiierte Beteiligungsprozesse auf die Anwendung der Beteiligungsgrundsätze geprüft und gegebenenfalls verbessert werden.

Während des gesamten Modellzeitraums dokumentieren die Mitarbeiter_innen sowohl den Ablauf, wie auch die Ausgestaltung von Beteiligungsprozessen, um ein großes Maß an Transparenz von Beteiligung zu gewährleisten. Diese Dokumentation soll dabei als Grundlage für die Erarbeitung der Beteiligungsstandards dienen. Dazu gehört auch die Dokumentation der eigenen Arbeit und Rolle bei der Unterstützung und Begleitung von Beteiligungsverfahren.

Diese Dokumentationen sollen in einen in regelmäßigen Abständen erscheinenden Bericht zur Beteiligung in Potsdam einfließen, der den Einwohner_innen, der Verwaltung und der Politik über den Ablauf und die Anwendung der Beteiligungsgrundsätze bei den abgeschlossenen Verfahren und Prozessen berichtet.

Mit diesem Beteiligungsinformationssystem (BIS) wird das Büro ein eigenständiges Angebot entwickeln, das einen niedrigschwlligen Zugang ermöglicht und mit wenigen Klicks Ansprechpartner_innen in der Verwaltung oder in den Stadt- und Ortsteilen bei Anliegen und Beschwerden vermittelt.

» B. inhaltliche Aufgaben

B.2.2. Basisaktivierung in den Stadt- und Ortsteilen

Eine der Kernaufgaben der Mitarbeiter_innen des freien Trägers stellt die dezentrale Arbeit in den Stadt- und Ortsteilen dar, die als "Startpunkt von Beteiligung" bezeichnet werden kann. Dazu gehört in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartner_innen direkt vor Ort eine Anlaufstelle für die Einwohner_innen zu etablieren. Aber genauso bei Aktionstagen und Stadtteilfesten mit Infoständen vor Ort zu sein. Ziel dabei ist es, mithilfe offener Gespräche Bedarfe in den Stadt- und Ortsteilen aufzunehmen und Beteiligungsmöglichkeiten zu erkennen. Während des Gesprächs sollen dann bereits mögliche Handlungsräume aufgezeigt und an Multiplikator_innen, Vereine und Initiativen vor Ort verwiesen werden.

Bei Beteiligungsprozessen, die bottom-up initiiert werden, soll das Büro für Bürgerbeteiligung eine begleitende und unterstützende Rolle einnehmen. Dazu gehört beispielsweise die organisatorische Unterstützung bei der Recherche von Informationen und die Vermittlung von Räumen vor Ort. Außerdem soll das Büro Einwohner_innen in Fragen der Beteiligung beraten: Wie kann ich mein Anliegen am besten umsetzen und kommunizieren? Welcher Teil der Verwaltung ist dafür zuständig und wie wende ich mich am besten an politische Akteur_innen? Welche Funktion hat das verwaltungsinterne Büro? Dies sind die Fragen, die bei dem Beratungsangebot im Mittelpunkt stehen sollen. Ansonsten reagiert das Büro flexibel auf die Informationsbedürfnisse der Einwohner_innen - insbesondere für diejenigen, die sich das erste Mal an einem Beteiligungsprozess beteiligen oder einen solchen initiieren wollen.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Mitarbeiter_innen ist es, die Akteur_innen vor Ort bei der Einwerbung von Drittmitteln für die Umsetzung von Beteiligungsprozessen zu unterstützen.

Zur Beförderung des Dialogs vor Ort und des kontinuierlichen Austausches sollen die Mitarbeiter_innen maßgeblich bei der Etablierung von offenen, individuellen Strukturen in den jeweiligen Stadt- und Ortsteilen (wie zum Beispiel Stadtteilforen) beteiligt sein. Dazu gehört, den Multiplikator_innen vor Ort organisatorische wie methodische Unterstützung bei der Organisation, Bewerbung, Umsetzung, Auswertung und Dokumentation zu geben.

B.2.3. Begleitung und Unterstützung von top-down Beteiligungsverfahren

Einen ganz wesentlichen Ansatz in der Beteiligungsarbeit nehmen die möglichst weitreichenden Gelegenheiten ein, bei denen die Einwohner_innen als Expert_innen ihrer Lebenswelt wahrgenommen und in geplante (und zu eruierende) top-down Verfahren einbezogen werden. In enger Abstimmung mit dem verwaltungsinternen Büro und den involvierten Entscheidungsträger_innen aus der Verwaltung und dem politischen Raum sollen hier die Planungsprozesse einwohner_innennah erarbeitet, vorbereitet, durchgeführt, umgesetzt und dokumentiert werden. Dabei kann das Büro für Bürgerbeteiligung bei der Auswahl geeigneter aktivierender Methoden unterstützen und die benötigten "Türen" in den Stadt- und Ortsteilen und Zielgruppen gemeinsam mit den vernetzten Akteur_innen vor Ort öffnen. Die durch die Unterstützer_innen angebahnten strukturellen Hilfen (z.B. in Form von Räumen, Kontakten und Materialien) ermöglichen somit zahlreiche Synergieeffekte.

» B. inhaltliche Aufgaben

B.2.4. Empowerment und Kompetenzvermittlung

Eine weitere große Aufgabe der Mitarbeiter_innen des Büros für Bürgerbeteiligung stellt die Vermittlung rechtlicher und formaler Grundlagen für Beteiligung an Einwohner_innen, Multiplikator_innen aus den Zielgruppen, Vereine und Initiativen dar. Dabei sollen sowohl Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, welche stadtweite Themen berühren, wie auch konkrete Möglichkeiten vor Ort in den Stadt- und Ortsteilen aufgezeigt werden. Beachtung finden hierbei die konkreten Beteiligungsmöglichkeiten bei top-down initiierten Planungs- und Dialogprozessen, wie auch jenen, die bottom-up initiiert werden.

Bei der Begleitung und Unterstützung von bottom-up Beteiligungsprozessen gehört es zu den Aufgaben der Mitarbeiter_innen, den konkreten Handlungsrahmen bei Fragen zur Umsetzung von Beteiligungsverfahren aufzuzeigen. Das heißt, den Akteur_innen Hilfestellung zu geben, den Rahmen für Möglichkeiten der Beteiligung abzustecken. Bei der Umsetzung von Beteiligungsprozessen helfen sie bei der Auswahl geeigneter Instrumente und vermitteln methodische Kompetenzen für die Anwendung dieser.

Bei Anfragen aus den Stadt- und Ortsteilen, die einfach gelöst werden können, vermitteln die Mitarbeiter_innen in Zusammenarbeit mit dem verwaltungsinternen Büro für Bürgerbeteiligung Ansprechpartner_innen in der städtischen Verwaltung.

B.2.5. Prozessdesign

Erfahrungsgemäß lassen sich gerade im Rahmen von Beteiligungsverfahren mit multiplen Ziel- und Interessengruppen die besten Ergebnisse durch einen Mix an unterschiedlichen spezifisch an den jeweiligen Gruppen ausgerichteten Methoden erzielen. Hierbei müssen die verschiedenen Methoden sinnvoll kombiniert und inhaltlich aufeinander abgestimmt werden. Die Unterschiedlichkeit und Komplexität solcher Prozesse machen einen sorgfältiges und fachkundiges Design und eine ständige organisatorische wie inhaltliche Abstimmung aller Beteiligten unumgänglich. Dies kann gerade im Kontext größerer Beteiligungprozesse eine wichtige Aufgabe des Büros für Bürgerbeteiligung sein.

Kurzfristig: in der Aufbauphase während der ersten 6 Monate

Strukturelle Aufgaben/Inhalte

- » Erarbeitung einer Geschäftsordnung mit dem verwaltungsinternen Büro und dem Beteiligungsrat
- » Vernetzung mit bestehenden Institutionen, Bürgerhäusern, Vereinen und Initiativen
- » regelmäßige Arbeitstreffen und Planungskonsultationen mit den Mitarbeiter_innen des verwaltungsinternen Büros für Bürgerbeteiligung
- » Vorstellung bei Gremien und Arbeitsgruppen der städtischen Fachbereichsverwaltung

Langfristig: ab 2014 und während des Modellzeitraums

Strukturelle Aufgaben/Inhalte

- » Zusammenarbeit mit dem verwaltungsinternen Büro
- » Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsrat (Dokumentation, Evaluation)
- » Zusammenarbeit mit Institutionen, Vereinen, Bürgerhäusern und Initiativen: Förderung von Vernetzung
- » Erarbeitung von Beteiligungsstandards, Monitoring, Qualitätsmanagement
- » Einwerbung von Drittmitteln
- » Präsenz und Mitarbeit bei Arbeitsgemeinschaften und Gremien

Kurzfristig: in der Aufbauphase während der ersten 6 Monate

Informationsbereitstellung

- » Erarbeitung einer Informationsplattform online/print

Basisaktivierung in den Stadtteilen

- » Vorstellung des Büros und seiner Arbeitsweise in den Stadtteilen
- » Bestandsaufnahme der bestehenden Beteiligungsprozesse und Bedarfserfassung für Unterstützung
- » dezentrale Stadtteilarbeit

Langfristig: ab 2014 und während des Modellzeitraums

Informationsbereitstellung

- » Fortlaufend: Recherche, Informationsbeschaffung, verständliche Aufbereitung, niedrigschwellige Aufbereitung und Bereitstellung von Informationen (top-down-Prozesse und -Verfahren, bottom-up-Beteiligungsverfahren, Was passiert in den Stadtteilen?)
- » Dokumentation von Beteiligungsprozessen
- » Recherche von Informationen aus den Stadtteilen für die Mitarbeiter_innen des verwaltungsinternen Büros
- » Dokumentation der eigenen Arbeit
- » Bereitstellung, Dokumentation, Moderation und Aktualisierung der Internetplattform, sowie im Printmedium
- » Erarbeitung eines Berichts zur Beteiligung in Potsdam
- » Erarbeitung eines Beteiligungsinformationssystems (BIS)

Basisaktivierung in den Stadtteilen

- » Ansprechbarkeit vor Ort in den Stadtteilen (Aktionstage, Infostände, Sprechzeiten)
- » dezentrale Stadtteilarbeit
- » offene Gespräche, um Bedarfe aufzunehmen
- » Hilfe bei der Etablierung und Umsetzung von Stadtteilforen, Stadtteilkonferenzen
- » Koordinierung, Begleitung und Unterstützung von bottom-up-Beteiligungsprozessen (organisatorisch, methodisch, Prozessdesign)
- » Unterstützung bei der Einwerbung von Drittmitteln

Langfristig: ab 2014 und während des Modellzeitraums

Begleitung von top-down-Beteiligungsverfahren

- » Recherche, Aufbereitung und Veröffentlichung bereits geplanter top-down initierter Beteiligungsverfahren
- » Kommunikation dieser Verfahren online/print
- » methodische und organisatorische Unterstützung bei der Umsetzung
- » kritische Begleitung und Evaluation

Empowerment und Kompetenzvermittlung

- » Vermittlung rechtlicher und formaler Grundlagen für Beteiligung
- » Beratung und Unterstützung bei der Auswahl geeigneter Instrumente für die Umsetzung von Beteiligungsprozessen (konkreter Handlungsräumen, Methoden)
- » Ausbildung von und Kompetenzvermittlung an Multiplikatoren vor Ort
- » Vermittlung eines niedrigschwwelligen Zugangs zu Ansprechpartnern in der Verwaltung
- » Prozessdesign



5. Methoden

Um die beschriebenen Ziele umzusetzen, kommen unterschiedliche Beteiligungsmethoden zum Einsatz. Hierbei wird zwischen für potsdamspezifischen Beteiligungsmethoden (A), die in der täglichen Arbeit des Büro umgesetzt werden und den allgemeinen Beteiligungsmethoden - dem Methodenkoffer (B) - unterschieden, die durch das Büro bei Bedarf begleitet, aber auch umgesetzt werden können.

Die für Potsdam spezifischen Methoden sind auf die besonderen Gegebenheiten der Landeshauptstadt zugeschnitten. Sie wurden entworfen, um den jeweiligen Strukturen der einzelnen Stadt- und Ortsteile gerecht werden zu können. In diesem Kernbereich finden sich neue und lebendige methodische Ansätze, um auf die Einwohner_innen zu zugehen, ihr Interesse zu wecken und sie in Beteiligungsprozessen zu stärken.

A. Potsdam spezifische Methoden

A.1. Netzwerkarbeit

Die Bildung und Pflege von zielorientierten Netzwerken ist ein wesentliches Element der Aufgabenerfüllung des Büros für Bürgerbeteiligung.

A.1.1. Stadt-/ortsteilbezogenes Multiplikationsnetzwerk:

Wesentliche Aufgabe des Büros ist die Aufnahme und Verteilung von beteiligungsrelevanten Informationen. Der Fokus des externen Büros liegt dabei auf der Einwohner_innenschaft in den Stadt- und Ortsteilen mit ihren jeweiligen Informationsansprüchen und Beteiligungsbedarfen. In Kooperation mit den bereits vor Ort aktiven Multiplikator_innen wollen wir als Büro in einer Funktion der Netzwerkbetreuung dafür Sorge tragen, dass in allen Teilen Potsdams solche personellen Netzwerke entstehen und daraus mittelfristig ein stadtweites Geflecht entwickeln. Innerhalb dieses Netzwerkes sollen die Mitarbeiter_innen des Büros im konkreten Fall beraten und vermitteln und durch Kompetenz- wie Methodencoaching den Multiplikator_innen Anleitung zur Selbsthilfe und zur eigenständigen Weitervermittlung des erworbenen Wissens geben.

A.1.2. Kompetenznetzwerk

Beteiligung braucht Kompetenzen in vielen unterschiedlichen Bereichen, die immer wieder als Impulse in Prozesse einfließen sollten. Hierfür wollen wir ein vielfältiges Netzwerk aufbauen, in dem Fachleute aus unterschiedlichen Bereichen (Stadtentwicklung, Kommunikation, Verwaltungs- und Politikwissenschaft usw.) integriert sind und ihr jeweiliges Wissen bei Bedarf einfließen lassen können.

A.1.3. Prozessbegleitungsnetzwerk

Die zum Teil anspruchsvolle Methodik von Beteiligungsprozessen - insbesondere in sehr konfliktgeladenen Bereichen - macht häufig eine professionelle Prozessbegleitung unentbehrlich. In diesem Sinne wollen wir ein aus Moderator_innen, Mediator_innen und Schlichter_innen bestehendes Netzwerk aufbauen. Dieses soll es ermöglichen, im Laufe von Beteiligungsprozessen schnell der Situation entsprechend methodisch geschultes Personal zu zuverlässigen und überschaubaren Konditionen hinzuzuziehen. Hierbei soll zum einen ein Netzwerk aus Menschen entstehen, die in Potsdam verwurzelt und daher mit der örtlichen Lage vertraut sind und zum anderen eines aus Menschen, deren Arbeitsschwerpunkt gezielt nicht in Potsdam liegt und die sich somit durch ihre Perspektive von Außen auszeichnen.

» A. Potsdam spezifische Methoden

A.2. Beratungsangebote - Büro für Bürgerbeteiligung als Anlaufstelle:

Das Büro soll mit flexiblen wöchentlichen Sprechzeiten sowohl persönlich wie per Telefonie und via online-Kommunikation als Anlaufstelle für Einwohner_innen dienen und ihnen im Kontext der Beteiligung schnelle, unkomplizierte Beratung anbieten.

A.2.1. Beteiligungsvermittlung:

Ein wichtiger Aspekt ist die Vermittlung von Einwohner_innen und ihren Anliegen an die richtigen Stellen innerhalb der Verwaltung. Oft ist es für Einwohner_innen mit sehr spezifischen Anliegen schwierig, auf Anhieb die zuständigen Stellen innerhalb der Fachverwaltung sowie Zugang den entsprechenden Verwaltungsmitarbeiter_innen zu finden. Um langen Wegen und frustranen Missverständnissen in der Kontakt- aufnahme entgegenzuwirken, soll das Büro kompetent vermitteln und niedrigschwellige Zugänge schaffen.

A.2.2. Beratung und Begleitung bei formalen Beteiligungen:

Häufig setzen formalisierte Beteiligungsprozeduren Kenntnisse der ihnen zugrunde liegenden gesetzlichen Regelungen und der damit verbundenen Verwaltungsverfahren voraus. Einwohner_innen sollen daher bei der Teilnahme an diesen Prozeduren durch die Mitarbeiter_innen beraten und bei Bedarf begleitet werden.

A.2.3. persönliche und aufsuchende Beratungen:

Die Mitarbeiter_innen des Büros sollen als Netzwerker_innen in den Stadt- und Ortsteilen unterwegs sein und den Kontakt mit den Einwohner_innen suchen. Hierfür sollen sie auf Wunsch der Einwohner_innen an Sitzungen von Bürger_inneninitiativen, Stadtteilinitiativen, usw. teilnehmen und direkt vor Ort nicht nur die jeweiligen Anliegen mitnehmen und an das verwaltungsinterne Büro kommunizieren, sondern auch unmittelbar Beratung und Vermittlung anbieten.

» A. Potsdam spezifische Methoden

A.3. dezentrale Stadt- und Ortsteilarbeit:

Neben der zentralen Funktion als Anlaufstelle ist es eine wesentliche Aufgabe des Büros, in den Stadt- und Ortsteilen präsent und ansprechbar zu sein. Hierbei will das Büro die Bürger- und Begegnungshäuser eng in eine entsprechende Kooperation einbinden und hat dafür bereits eine ganze Reihe von ihnen gewinnen können.

A.3.1. mobiles Büro:

Das Büro soll nicht nur an einem zentralen Ort, sondern in ganz Potsdam stattfinden. Hierzu möchten wir einerseits mit den Bürger- und Begegnungshäusern kooperieren und im Rahmen der Beratungsangebote Einwohner_innen aufsuchen, aber auch andererseits mithilfe eines entsprechend ausgestatteten Beteiligungsmobils unterwegs sein. Diesem "rollende Büro" sollen die Einwohner_innen in allen Stadt- und Ortsteilen begegnen können.

A.3.2. Informationsstände /Teilnahme an Stadtteilfesten und soziokulturellen Aktivitäten:

In der Aufbauphase und im Zuge von konkreten Beteiligungsprozessen soll das Büro an geeigneten öffentlichen Plätzen mittels thematisch gestalteter Stände präsent sein und über die jeweiligen Prozesse und seine Arbeit informieren. Auch sollen so Möglichkeiten für offene Gespräche mit Einwohner_innen geschaffen werden, um deren Anliegen und Feedback aufzunehmen. Dafür will das Büro sich auch intensiv mit den bereits aktiven Initiativen und soziokulturellen Akteur_innen austauschen und die durch diese geschaffenen Anlässe (wie etwa Stadtteilfeste, Konzerte, kulturelle Veranstaltungen und Ähnliches) nutzen, um vor Ort präsent und ansprechbar zu sein.

A.3.3. Aktion: "offene Tür Beteiligung" oder "Eingang Beteiligung" (Arbeitstitel):

Um insbesondere auch den Einzelhandel und andere mit hoch frequentierten Räumlichkeiten ausgestattete Akteur_innen in die Arbeit des Büros einzubeziehen und weitere öffentlich wahrnehmbare Anknüpfungspunkte zu schaffen, will das Büro die Kampagne "Eingang Beteiligung" (Arbeitstitel) entwickeln und umsetzen. Dabei sollen mit einem ansprechendem Logo versehene Hinweisschilder (oder auch Aufkleber) in den jeweiligen Eingangsbereichen gut sichtbar platziert werden, die die Einwohner_innen auf das Büro hinweisen und die wichtigen Kontaktdaten anzeigen. Zudem können alle Akteur_innen, die sich an der Kampagne beteiligen damit ihre Unterstützung des Büros und seines Anliegens zum Ausdruck bringen.

A.3.4. Entwicklung und Etablierung spezifischer Beteiligungsangebote in den Stadt- und Ortsteilen:

Eine der wichtigsten langfristigen Aufgaben des Büros ist die Entwicklung und dauerhafte Etablierung von stadt- und ortsteilspezifischen Beteiligungsangeboten (zum Beispiel Stadtteilforen), die auf die jeweiligen Strukturen und Bedürfnisse der Einwohner_innen zugeschnitten sind und daher gemeinsam mit ihnen entwickelt und durchgeführt werden sollen.

» A. Potsdam spezifische Methoden

A.3.5. Beteiligungsnewsletter:

Notwendig für die zufriedenstellende Teilnahme an Beteiligungsprozessen ist die regelmäßige und niedrigschwellige Versorgung mit entsprechenden Informationen - allein schon die eigenständige Recherche von wichtigen Informationen beansprucht große zeitliche Ressourcen und wirkt damit erschwerend auf Beteiligungsvorhaben. Der Newsletter soll über die stadt- und ortsteilbezogenen Multiplikationsnetzwerke wirken und auf die jeweiligen Bedarfe zugeschnitten sein, um den Zugang zu aktiver Beteiligung zu erleichtern.

A.4. Entwicklung von Qualitätsstandards und einer dauerhaften Beteiligungskultur :

Die langfristige Zielstellung des Büros ist die Etablierung einer konstruktiven Beteiligungskultur und die Entwicklung einheitlicher Qualitätsstandards für Beteiligungsprozesse. Dies kann nur in enger Zusammenarbeit mit dem verwaltungsinternen Büro geschehen und die Methoden dafür müssen gemeinsam entwickelt werden. Im Folgenden werden eine Reihe von diesbezüglichen methodischen Vorschlägen unterbreitet, die in Abstimmung mit Akteur_innen aus Einwohner_innenchaft, Verwaltung und Politik durch das Büro ausgearbeitet und umgesetzt werden könnten.

A.4.1. "Denkfabrik" Prozessdesign:

Für die konstruktive Durchführung von bottom-up und top-down Beteiligungsprozessen müssen immer wieder individuelle Prozesse entwickelt werden, die den Bedarfen der Beteiligten und der Komplexität der Situation gerecht werden. Hierzu soll das Büro gemeinsam mit dem verwaltungsinternen Büro sowie dem Beteiligungsrat Arbeitsmechanismen - im Sinne einer Denkfabrik - entwickeln, die aufeinander abgestimmte Prozessdesignverfahren möglich machen.

» A. Potsdam spezifische Methoden

A.4.2. Beteiligungsatlas (Arbeitstitel):

Potsdam verfügt über eine sehr lebhafte Einwohner_innenschaft, die vielfältig engagiert ist. Wir möchten als eine Maßnahme, die ebenfalls der Netzwerkbildung und der Bestandsaufnahme dient, einen Beteiligungsatlas für unsere Kommune erstellen. Dieser soll nach Stadt- und Ortsteilen geordnet aufzeigen, wer was wo und wie macht und wie man sich daran beteiligen kann. Der Beteiligungsatlas soll regelmäßig aktualisiert als Online- und als Printmedium erscheinen. Er kann insbesondere für die vielen Neupotsdamer_innen eine Übersicht und einen Einstiegspunkt eröffnen.

A.4.3. Betriebsanleitung "Beteiligung in Potsdam" (Arbeitstitel):

Unsere Kommune verfügt über eine große Zahl an formalen Beteiligungsmöglichkeiten, von denen aber viele spezielles Fachwissen (Verwaltungsabläufe, öffentliches Recht, Baugesetzbuch, Hauptsatzung Potsdams, Geschäftsordnung der StVV usw.) voraussetzen. Wir wollen in enger Zusammenarbeit mit dem verwaltungsinternen Büro in einem übersichtlichen und leicht verständlichen Handbuch (online und print) hierfür einen Leitfaden entwickeln und publizieren, der den Zugang und die konstruktive Nutzung der vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten erleichtert.

A.4.4. Entwicklungsbericht "Beteiligung in Potsdam" (Arbeitstitel):

Potsdam weist eine Vielzahl an dynamischen Entwicklungen im Bereich der Beteiligung seiner Einwohner_innen auf. Ein regelmäßig erscheinender Bericht (online und print) soll die aktuellen Entwicklungen in Potsdam leicht verständlich und übersichtlich darstellen und so Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements in Potsdam erfass- und auswertbar machen. Mithilfe dieser sachlichen Abbildung kurz-, mittel- und langfristiger Entwicklungen sollen Einwohner_innen, Verwaltung und Politik eine bessere Möglichkeit gewinnen, planvoll steuernd in die Gestaltung der gewünschten Entwicklungen einzugreifen.

A.4.5. "Schwellenkatalog Beteiligung" (Arbeitstitel):

Häufig bestehen außerhalb des gesetzlich vorgeschrieben Bereichs überaus unterschiedliche Auffassungen darüber, ab wann ein bestimmter Vorgang einen wie zu gestaltenden Beteiligungsprozess auslösen sollte. Wir möchten in Kooperation mit dem verwaltungsinternen Büro sowie Einwohner_innen ein Modell entwickeln, in dem - ergänzend zu den gesetzlichen Regelungen - Schwellen für die Auslösung von Beteiligungsprozessen nachvollziehbar definiert werden. Diese wäre ein erster Schritt zu einem konsistenten und anerkannten Qualitätsmanagement der Bürgerbeteiligung und ließe sich mittelfristig zu einem Katalog von (soweit möglich) einheitlichen Standards von Beteiligung weiterentwickeln.

B. Methodenkoffer für Beteiligungsmethoden

In der Praxis steht dieser Methodenkoffer bei Bedarf zur Verfügung. Die Zusammenstellung der allgemeinen Beteiligungsmethoden orientiert sich an der Praxis und ist in sieben Teilbereiche untergliedert. Diese sieben Bereiche sind: Partizipationsmanagement, Onlineinstrumente, Planungsmethoden, Befragungsmethoden, Konferenzmethoden, Organisationsformen für Beteiligung sowie Trainings- und Coachingmethoden. Die Bereiche bieten eine Vielzahl von Zugängen, um Beteiligungsprozesse zu ermöglichen und Hilfestellungen zu leisten. Die Inhalte des Methodenkoffers sind nicht statisch, zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Konzepts bilden die sieben Bereiche einen logischen Rahmen, um Beteiligungsmethoden zuzuordnen.

Für die Praxis ist der Methodenkoffer so konzipiert, dass er beliebig erweiterbar ist. Alle Beteiligungsmethoden werden getestet und können entsprechend der Anforderungen modifiziert werden. Ziel ist es, eine kontinuierliche Verbesserung dieser Basismethoden zu erreichen, um sie für zukünftige Beteiligungsprozesse nutzbar zu machen.

B.1. Methoden zum Partizipationsmanagement

Der Begriff Partizipationsmanagement umfasst im engeren Sinn das Informationsmanagement innerhalb des Büros für Bürgerbeteiligung. Hierunter werden die Methoden der Dokumentation, Archivierung und die Teil- und Gesamtevaluation von Beteiligungsprozessen verstanden.

Aus abgeschlossenen Beteiligungsverfahren können in jeder einzelnen Prozessphase eine Vielzahl von Erkenntnissen gewonnen werden. Aufgrund der konkreten Problemstellung und dem Verhalten der einzelnen Akteur_innen findet sich in jedem Beteiligungsverfahren eine spezifische Verfahrensdynamik.

Im weiteren Sinn wird unter dem Punkt Partizipationsmanagement das Informationsmanagement außerhalb des Büros verstanden. Unter Anderem werden hier Beratung, Information, sowie Wissens- und Kompetenzvermittlung für Einwohner_innen verstanden. Darüber hinaus bietet das Büro für Bürgerbeteiligung Hilfestellung an, um das Einwohner_innenengagement zu stärken.

Eine weitere wichtige Methode zur Verbreitung von Informationen ist die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit des Büros, die durch Pressemitteilungen, die Veröffentlichung von Printmaterialien und Online-Publikationen verwirklicht wird.

» B. Methodenkoffer für Beteiligungsmethoden

B.2. Onlineinstrumente:

Unter Onlineinstrumenten werden breitenwirksame internetbasierte Medien verstanden.

Die einzelnen Instrumente wurden ausgewählt, um schon in der Startphase des Büros besonders viele Einwohner_innen zu erreichen. Die Breitenwirkung soll zu Beginn genutzt werden um den Bekanntheitsgrad des Büros für Bürgerbeteiligung zu erhöhen und eine Etablierung der Einrichtung zu ermöglichen.

Im Anschluss ist die kontinuierliche Handhabung von Onlineinstrumenten fester Bestandteil des Büros. Die Infrastruktur wird zum einen genutzt, um Informationen bereitzustellen und zum anderen, um digitale Kommunikationsschnittstellen zur Verfügung zu stellen.

B.2.1. Webseite des Büros für Bürgerbeteiligung:

Das Büro für Bürgerbeteiligung ist mit einer eigenen Webseite im Internet präsent, die sowohl als Kommunikations- und Informationsplattform sowie als Portal zu weiterführenden Informationen dienen soll. Sie ist zentrales Element für weitere Instrumente wie z.B. den Potsdamer Beteiligungsatlas, einen Newsletter, Umfragen, Aufrufe, Web 2.0 Anbindung (Facebook, Twitter) und virtueller Standort des BIS (Beteiligungsinformationssystem).

B.2.2. Social Media:

Die bewusste Einbindung von Social Media ist für die Breitenwirkung und Erreichbarkeit des Büros von großer Bedeutung, da ein großer Teil der Einwohner_innen Social-Media-Strukturen bereits alltäglich nutzen. Zum Einsatz kommen populäre Netzwerke wie Facebook oder auch Twitter.

B.2.3. Beschwerdemanagementsystem „Maerker-Potsdam“

Das Beschwerdesystem „Maerker-Potsdam“ ist seit einigen Jahren im Einsatz. Es handelt sich um eine digitale Plattform, in der die Einwohner_innen Beschwerden und Anfragen an die Verwaltung der Stadt Potsdam stellen können.

Das Büro für Bürgerbeteiligung strebt eine Zusammenarbeit, zum Ziel der Verbesserung und Wirksamkeit des Beschwerdemanagementsystems an. Das Ziel dieser Arbeit sollte sein, die gemeinsamen Ressourcen zu bündeln, um „Maerker-Potsdam“ zu optimieren.

» B. Methodenkoffer für Beteiligungsmethoden

B.3. Planungsmethoden

Planungsmethoden finden dort Anwendung, wo Entscheidungen für die Zukunft getroffen werden müssen. Im Konkreten bedarf es hierbei einem Set an praxisnahen und praktikablen Methoden, die dazu konzipiert sind, Meinungen und Standpunkte der Akteur_innen zu vermitteln. Der komplexe Verhandlungsvorgang mündet durch den gezielten Einsatz von Planungsmethoden in die Formulierung einer Zielstellung. Das Büro für Bürgerbeteiligung unterstützt bei der Leitung, Ausrichtung und Durchführung der Planungsmethoden. Im Methodenkoffer finden sich Planungsmethoden wie: Anwaltsplanung, Bürgerausstellung, Einwohnergutachten durch Planungszellen, Szenariotechnik, World-Café oder einen kommunalen Planungsworkshop.

B.4. Methoden zur Einwohner_innenbefragung

Innerhalb der Einwohner_innenschaft eines Stadtteils gibt es eine Vielzahl von Einzelmeinungen. Das Erfragen dieser Meinungen, Bedürfnisse und Anliegen in der Einwohner_innenschaft kann in manchen Beteiligungsfällen sehr nützlich sein. Die Auswertung von Umfragen bietet Aufschluss über das Verhältnis von Konsens- und Dissenspotentialen in Bezug auf bestimmte Themenkomplexe. Sie hilft, einen Überblick zu gewinnen und mehrheitsfähige Zielstellungen zu entwickeln. Neben der klassischen Bürger_innenbefragung bietet das Büro für Bürgerbeteiligung die Arbeitsbuchmethode und das Bürger_innenpanel als Befragungsmethoden an.

B.5. Konferenzmethoden

Das erfolgreiche Verhandeln von Meinungen ist der Schlüssel auf dem Weg zur Konsensfindung bei der Umsetzung langfristiger Ziele und der Suche nach schnellen Lösungen. Die Auseinandersetzung im Diskurs benötigt einen zielorientierten Organisationsrahmen. Um diesen Rahmen zu füllen, bieten sich eine Reihe von Konferenzmethoden an. Das Büro für Bürgerbeteiligung bietet aktive Hilfestellung bei der Organisation von Veranstaltungen sowie der Leitung und Umsetzung folgender Methoden an: Erkundungskonferenz, Bürger_innenkonferenz, Zukunftskonferenz, Open-Space-Konferenz, Konfliktlösungskonferenz, Einwohner_innenkonferenz und die Methode des Runden Tisches.

B.6. Organisationsformen für Beteiligung

Bürgerbeteiligung wird als ein kontinuierlich stattfindender Prozess verstanden. Aus diesem Grund bedarf es Organisationsmethoden, die einen regelmäßigen Beteiligungsprozess unterstützen. Vor diesem Hintergrund verfolgt das Büro zwei aktivierende Beteiligungsmethoden: die Stadtteilarbeit und die Arbeit in Stadtteilforen.

Die Stadtteilarbeit ist von aufsuchender, an klassische Sozialarbeit angelehnter Arbeit geprägt. Die Stadtteilarbeit kann zum Beispiel in Form von Haustürgesprächen, aktivierenden Befragungen, Versammlungen oder Aktionen in der Öffentlichkeit verwirklicht werden. Sie ist nur möglich in enger Kooperation mit den Akteur_innen vor Ort.

Stadtteilforen sind regelmäßig stattfindende Treffen im Stadtteil, die zum Austausch und zur Diskussion genutzt werden können. Sie sind Plattform zur Organisation von Meinungen und Planung von Beteiligungsaktivitäten.

» B. Methodenkoffer für Beteiligungsmethoden



B.7 Trainings- und Coachingmethoden

Das Büro für Bürgerbeteiligung bietet bei Bedarf im Rahmen von Werkstätten, Trainings für Einwohner_innen an. Ziel ist es, langfristig ein Multiplikatorennetzwerk in den Stadt- und Ortsteilen aufzubauen. Die Multiplikator_innen werden befähigt, selbstständig die Organisation und Ausführung von Beteiligungsprozessen durchzuführen und ihr methodisches Wissen an andere Einwohner_innen weiter zu geben. Als Trainings- und Coachingmethode bietet das Büro Demokratiewerkstätten und Kompetenzwerkstätten an.

Beteiligungsmethoden

Partizipationsmanagement

Aufgaben: Dokumentation, Archivierung, Evaluation, Beratung, Information, Wissens - Kompetenzvermittlung

Ziele: Anlegen eines Wissensspeichers, kontinuierliche Verbesserung der Arbeitsabläufe

Onlineinstrumente

Aufgaben: Webseite, Socialmedia...

Ziele: Steigerung des Bekanntheitsgrad, Breitenwirkung, Kommunikationsschnittstelle

Planungsmethoden

Aufgaben: diskursive Beteiligung an Planungsprozessen

Ziele: Verhandlung und Vermittlung von Meinungen zur Kompromissfindung im Planungsprozess

Befragungsmethoden

Aufgaben: Datenerhebung und statistische Datenanalyse

Ziele: Erstellung, Auswertung und Veröffentlichung von Stimmungs- und Meinungsbildern

Konferenzmethoden

Aufgaben: Hilfestellung, Organisation, Leitung und Umsetzung von Konferenzen

Ziele: Erarbeitung von Kompromissen für gegenwärtige und zukünftige Fragestellungen

Organisationsformen für Beteiligung

Aufgaben: Stadtteilarbeit, Organisierung und Hilfestellung bei Einwohnerforen

Ziele: Präsenz im Stadtteil, direkter Kontakt mit Einwohner_Innen

Trainings- und Coachingmethoden

Aufgaben: Anleitung und Wissensvermittlung an Multiplikatoren

Ziele: Kompetenzvermittlung, Empowerment für Beteiligungsprozesse



6. personelle Rahmenbedingungen

Im hier vorgeschlagenen Büro für Bürgerbeteiligung sollen im Modellzeitraum als Kernteam zwei Stellen mit jeweils 25 Stunden pro Woche und eine Stelle mit 20 Stunden pro Woche sowie eine Geschäftsführungsstelle mit 5 Stunden pro Woche entstehen.

Die Vergütung der Mitarbeiter_innen orientiert sich an der TVöD mit der Einstufung E 10/2. Die geschäftsführende Stelle wird mit E 12/2 eingestuft.

Das Kernteam soll aus Mitarbeiter_innen bestehen, die über eine hohe kommunikative Kompetenz und Teamfähigkeit sowie eine gute Kenntnis der Stadt Potsdam und der hier tätigen Akteur_innen verfügen. Vorzugsweise aber nicht ausschließlich sollte ein akademischer Hintergrund sowie einschlägige Erfahrungen in der Projektarbeit sowie mit Beteiligungsprozessen unterschiedlicher Art vorliegen.

Das Kernteam soll bei Bedarf durch Honorarkräfte verstärkt werden. So etwa bei der Durchführung von Informationskampagnen und anderen personalintensiven Aufgaben. Zudem soll das Büro ehrenamtlich tätige Freiwillige wo immer möglich in seine Arbeit einbinden und so gleichzeitig seine Wirkungskapazitäten erweitern und den Freiwilligen Kompetenzen im Bereich der Beteiligung vermitteln.

Spezielle zeitintensive Tätigkeitsfelder sollen aus der Arbeit des Büros ausgelagert werden, sodass das Kernteam seine Ressourcen vollständig auf die praktische Umsetzung seiner Aufgaben konzentrieren kann.

Dazu zählt etwa die Administration und technische Betreuung des Internetangebots des Büros, die durch einen entsprechend professionellen Anbieter übernommen werden soll. Aber auch die aufwendigen Bereiche der Buchführung und Personalkostenbetreuung sollen ausgelagert werden. Hierzu wurden im Vorfeld bereits verbindliche Gespräche mit der renommierten Steuerberatungsgesellschaft ETL Dr. Dietrich und Bille GmbH aufgenommen.

Finanzierungsplan – Büro für Bürgerbeteiligung

Dreijährige Planung mit Projektstart Oktober 2013 und Projektende September 2016

	2013 Okt.- Dez.	2014 Jan. - Dez.	2015 Jan. - Dez.	2016 Jan. - Sep.
EINNAHMEN				
Zuwendung	32.500,00 €	130.000,00 €	130.000,00 €	97.500,00 €
Drittmittel	0,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €
Summe	32.500,00 €	150.000,00 €	150.000,00 €	117.500,00 €
KOSTEN				
Personal				
Geschäftsleitung a 5 h (TvöD E12/2)	1.606,00 €	6.424,00 €	6.424,00 €	4.818,00 €
Mitarbeiter_in a 25 h (TvöD E10/2)	7.466,00 €	29.863,00 €	29.863,00 €	22.397,00 €
Mitarbeiter_in a 25 h (TvöD E10/2)	7.466,00 €	29.863,00 €	29.863,00 €	22.397,00 €
Mitarbeiter_in a 20 h (TvöD E10/2)	5.973,00 €	23.891,00 €	23.891,00 €	17.918,00 €
Summe	22.511,00 €	90.041,00 €	90.041,00 €	67.530,00 €
Unfallkasse	150,00 €	600,00 €	600,00 €	450,00 €
Fortbildungen	0,00 €	400,00 €	400,00 €	400,00 €
Honorare / Aufwandsentschädigungen	0,00 €	4.000,00 €	4.000,00 €	3.000,00 €
Summe	150,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €	3.850,00 €
Verwaltungskosten				
Miete – Büro (70m² / 8€ NKM)	1.680,00 €	6.720,00 €	6.720,00 €	5.040,00 €
Nebenkosten – Büro (3,40 € / m² / Monat)	714,00 €	2.856,00 €	2.856,00 €	2.142,00 €
Kommunikation	300,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €	900,00 €
Porto, Telefon, Internetanschluss, usw.				
Buchhaltung	900,00 €	3.600,00 €	3.600,00 €	2.700,00 €
Fahrt- und Reisekosten	500,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	2.250,00 €
Leasing	900,00 €	3.600,00 €	3.600,00 €	2.700,00 €
PKW (200 € / Monat), Kopierer (100 € / Monat)				
technische und Web-Administration	300,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €	900,00 €
Büromaterial	300,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €
Versicherungen	125,00 €	500,00 €	500,00 €	375,00 €
Summe	5.719,00 €	23.876,00 €	23.876,00 €	18.207,00 €
Öffentlichkeitsarbeit				
Druckkosten	600,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	2.500,00 €
Honorare Graphik und Layout	300,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €	1.000,00 €
Summe	900,00 €	4.500,00 €	4.500,00 €	3.500,00 €
Sachkosten-Veranstaltungen				
Raummieten	0,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	2.000,00 €
Verbrauchsmaterial	200,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €	1.000,00 €
Sonstiges (Tagungsgetränke, usw.)	100,00 €	500,00 €	500,00 €	300,00 €
drittmitteleinflussierte Veranstaltungen	0,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €
Summe	300,00 €	25.000,00 €	25.000,00 €	23.300,00 €
Anschaffungskosten				
Büroeinrichtung	620,00 €	500,00 €	500,00 €	0,00 €
elektronische Ausstattung	1.000,00 €	200,00 €	200,00 €	200,00 €
PCs, Telefonanlage, Beamer, Mikros, usw.				
Lizenzen für Software	100,00 €	200,00 €	200,00 €	200,00 €
Lizenzen für Methoden	0,00 €	200,00 €	200,00 €	200,00 €
Leasing-Anzahlung PKW	1.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Fachliteratur	0,00 €	200,00 €	200,00 €	200,00 €
Aktionsstand	200,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
sonstige Anschaffungen	0,00 €	283,00 €	283,00 €	313,00 €
Summe	2.920,00 €	1.583,00 €	1.583,00 €	1.113,00 €
Summe	32.500,00 €	150.000,00 €	150.000,00 €	117.500,00 €
Differenz	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

7. Sächliche und finanzielle Rahmenbedingungen

Durch die Anbindung an das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V. kann das Büro für Bürgerbeteiligung seine Arbeit sofort aufnehmen, da es dessen räumliche und infrastrukturellen Möglichkeiten aktiv mitnutzen kann. Dies ist eine praktische Ausgangslage, da das Büro so ohne Vorlaufzeit über kostengünstige Arbeitsräume verfügt und daher neben der geplanten Anmietung, Einrichtung und Inbetriebnahme seiner eigenen Räumlichkeiten direkt mit seiner Arbeitstätigkeit beginnen kann.

Neben der Zuwendung durch die LHP ist die konsequente Einwerbung von Drittmitteln ein wichtiger Aufgabenbereich des Büros. Hierzu soll eine breit angelegte Fördermittelstrategie entworfen und umgesetzt werden, die sowohl öffentliche Mittelgeber auf Landes-, Bundes- und Europaebene wie auch privatrechtliche Organisationen wie etwa Stiftungen anspricht.

Zielstellung hierbei ist - nach Abschluss der Aufbauphase - pro Jahr des Modellprojekts die Einwerbung von mindestens 20.000 € als zusätzliche projektbezogene Mittel.

8. Sicherstellung der Aufgabenerfüllung und Evaluation des Modellprojekts

Die Arbeit des Büros für Bürgerbeteiligung wird nach vorliegender Beschlusslage durch den Beteiligungsrat begleitet. Dieser ist mit dem verwaltungsinternen und dem verwaltungsexternen Büro in eine gemeinsame Geschäftsordnung einzubinden. Diese soll die produktive Zusammenarbeit verbindlich regeln und im Laufe des Projekts den praktischen Erfahrungen aller Beteiligten gemäß weiterentwickelt werden. Diese Konstellation - in der der Beteiligungsrat ständig über die jeweilige Arbeit und vor allem auch das Zusammenwirken beider Teile des Büros informiert wird und diese kritisch bewertet - gewährleistet für das Modellprojekt ein konstruktives und demokratisches Korrektiv. Durch die öffentliche Natur des Beteiligungsrates ist zudem die Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit qua Berichterstattung der lokalen Medien sichergestellt. Zudem ist durch die gültige Beschlusslage bereits eine **begleitende wissenschaftliche Evaluation** vorgesehen.

Neben dieser Konstellation und der begleitenden wissenschaftlichen Evaluation müssen jedoch sowohl das externe wie das interne Büro Strategien entwickeln, um auch eigenständig die Sicherstellung ihrer Funktionstüchtigkeit und Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. Dabei spielt insbesondere die konstruktive und gleichberechtigte Zusammenarbeit der beiden Büroteile eine herausragende Rolle.

Hierfür schlägt dieses Konzept vier ineinander greifende und bewährte Methoden vor. Diese sollen zwar von externen Büro in jedem Fall für seine eigene Arbeit angewendet werden - müssen jedoch um ihre volle Wirksamkeit zu entfalten, zusammen mit der LHP als Zuwendungsgeber, dem Beteiligungsrat als Korrektiv und dem internen Büro als Partner abgestimmt werden.

Erstens soll die Arbeit der beiden Teile des Büros durch jeweils eine **formative Evaluation** während der Modellphase begleitet werden. Zweitens sollen die Mitarbeiter_innen sich einer regelmäßigen **Supervision** unterziehen, wie sie für soziale Berufe erprobt ist. Drittens sollen unter den Mitarbeiter_innen des Büros regelmäßig Sitzungen zur **Intervision** durchgeführt werden. Viertens soll die Arbeit des Büros nach Ablauf des Modellzeitraums erneut einer **summarisch Evaluation** unterzogen werden. Diese soll die Ergebnisse der jeweiligen formativen Evaluationen und die Resultate der Super- wie Intervisionsprozesse zusammenführen und mit Blick auf Arbeitsstrukturen, Aufgabenerfüllung und Weiterentwicklungspotenziale auswerten.

Es soll hierfür eine externe Evaluation und Supervision gewonnen werden, die Erfahrung in der Bewertung und Begleitung sozialer Organisationen hat. Die Evaluation/Supervision soll stark partizipativ an allen Beteiligten (internes und externes Büro, LHP, Beteiligungsrat) ausgerichtet sein und umsetzbare Erkenntnisse für die unmittelbare Weiterentwicklung des Büros erbringen. Da gesammelte Daten in hohem Maße der Interpretation in einem gegeben Kontext bedürfen und Qualitätsurteile auch Werturteile und damit nur teilweise statistisch zu erfassen sind, ist es insbesondere wichtig in der Planung und Durchführung der Evaluation/Supervision/Intervision alle beteiligten Gruppen mit einzubeziehen.



6. UNTERSTÜTZERERKLÄRUNGEN

Chill out e.V.
Verein zur Förderung akzeptierender Drogenarbeit



www.chillout-pdm.de

Absichtserklärung zur Begleitung und Unterstützung des Büro für Beteiligung

zunächst in Trägerschaft des
Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West e.V., Stadtjugendring Potsdam e.V. und
KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH
und folgend in Trägerschaft des mitMachen. e.V.

Wir, der Chill out e.V., erklären unsere Bereitschaft das Büro für Beteiligung in oben genannter Trägerschaft in seiner dreijährigen Modellphase ideell und konzeptionell zu begleiten.

Das Büro für Beteiligung bietet mit seinem auf die Einwohner_innen Potsdams bezogenen partizipativen Auftrag und seiner konzeptionellen Ausrichtung große Schnittmengen zu unserem eigenen Tätigkeitsfeld. Wir erkennen daher große Potenziale für gemeinsame Aktivitäten.

Daher bekunden wir unseren Willen, das Büro durch einen aktiven Erfahrungsaustausch und durch gemeinsame Veranstaltungen in seiner Bekanntheit und Wirkung zu unterstützen.

Gern möchten wir auch darüber hinaus - innerhalb unseres Auftrags und der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen - zusammen mit dem Büro Beteiligungsvorhaben entwickeln, umsetzen und auswerten.

Wir streben an, innerhalb der sechsmonatigen Aufbauphase des Büros konkrete Vereinbarungen in diesem Sinne abzuschließen.

Potsdam, den 26.06.2013


Rüdiger Schmolke
Geschäftsführer


Chill out e.V.
Verein zur Förderung akzeptierender Drogenarbeit
Friedrich-Engels-Str. 22
14473 Potsdam
0331 / 287 912 58
verein@chillout-pdm.de
www.chillout-pdm.de

Friedrich-Engels-Str. 22 | 14473 Potsdam

Fon 0331.2879 1258

eMail verein@chillout-pdm.de

Chill out e.V.
Verein zur Förderung akzeptierender Drogenarbeit



www.chillout-pdm.de

Seite 2 von 2

Chill out e.V. wurde 1997 in Potsdam gegründet und arbeitet seit 1998 zielorientiert auf dem Fachgebiet der Suchtprävention und -beratung. Chill out ist ein in Potsdam anerkannter freier Träger der Jugendarbeit. Die langjährige Tätigkeit von Chill out basiert auf umfangreichen und gesicherten Erfahrungen und einer hohen fachlichen Kompetenz im Bereich der akzeptierenden Drogenarbeit.

Der Träger hat die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch Aufklärungs- und Präventionsarbeit zum Ziel und fördert er die Wohlfahrtspflege durch Unterstützung von jungen Menschen, die durch Folgen in Zusammenhang mit ihrem Drogengebrauch auf die Hilfe anderer angewiesen sind. Die Wahrnehmung der Angebote von Chill out beruht auf den Prinzipien von Niedrigschwelligkeit und Freiwilligkeit, die Arbeit ist bedarfs-, ressourcen- und lösungsorientiert. Sie zielt auf eine Minimierung gesundheitsschädigender Verhaltensweisen (Harm reduction) und Förderung eines verantwortungsvollen, risikobewussten Konsums psychoaktiver Substanzen und anderer Verhaltensweisen, die Abhängigkeitsprobleme mit sich bringen können.

Chill out e.V. etablierte sich von 1998 bis 2003 als Kontakt- und Drogenberatungsstelle in Potsdam. Als kommunale Suchtpräventionsfachstelle ist Chill out seit 2004 mit der Drogenberatung und -information für junge Menschen sowie der Entwicklung, Durchführung und Koordination von Suchtprävention beauftragt. Seit 2008 entwickelt und koordiniert Chill out im Auftrag der Landesregierung zusätzlich die suchtpräventiven Angebote in der kreisfreien Stadt Brandenburg/Havel sowie den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming.

Grundlage der Arbeit von Chill out sind die Leitlinien der akzeptierenden Drogenarbeit und Ansätze der ressourcenorientierten Gesundheitsförderung und Prävention. Akzeptierende Drogenarbeit beinhaltet insbesondere die Wahrung und den Schutz der Würde der Hilfe suchenden und Unterstützung des Dialogs zwischen unterschiedlichen Werten und Lebensstilmodellen. Im Sinne der Betroffenenkompetenz sind Selbstbestimmung und Aktivierung von Selbstheilungskräften für uns von großer Bedeutung. Unsere Klientinnen und Klienten sind Menschen, die sowohl das Recht haben, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen als auch die Pflicht, dafür die Verantwortung zu übernehmen.

Ressourcenorientierte Gesundheitsförderung und Prävention stärkt die Lebenskompetenzen und Bewältigungsressourcen von Kindern und Jugendlichen, indem sie Mechanismen der Selbstwirksamkeit und Selbstkontrolle stärkt, gesundheitsrelevantes Wissen erhöht und Änderungen in Richtung eines gesunden Verhaltens unterstützt. Dabei werden die Bezugspersonen aus dem vorhandenen sozialen Umfeld soweit wie möglich mit einbezogen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über adäquate Ausbildungen und langjährige Erfahrungen in der Suchtpräventionsarbeit. Besondere Kennzeichen der bisherigen Arbeit sind eine systematische Denkweise und das Zusammenwirken an der Schnittstelle zwischen Jugend- und Drogenhilfe und am Übergang zwischen Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention. Eine Besonderheit und prägendes Qualitätsmerkmal der Arbeit von Chill out e.V. ist die Bereitschaft zur stetigen Wissenserweiterung, konsequenter Fortbildung und glaubwürdiger Zielgruppenarbeit.

Chill out e.V. ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband, bei „akzept e.V. – Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit“ und im Stadtjugendring Potsdam. Der Zusammenarbeit der Suchtpräventionsfachstelle mit der ambulanten Beratungs- und Behandlungsstelle der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Potsdam wird eine übergeordnete Bedeutung beigemessen, sie ist in einer Kooperationsvereinbarung zwischen den Trägern geregelt.

Chill out e.V. Spendenkonto: Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam BLZ: 160 500 00 Konto: 350 400 40 28

Unterstützerklärungen » Chill Out e.V.

CULTUS UG (haftungsbeschränkt) / freiLand - Koordination
Friedrich-Engels-Straße 22 * 14473 Potsdam

Potsdam, 25.06.2013

Absichtserklärung zur Begleitung und Unterstützung des Büro für Beteiligung

zunächst in Trägerschaft des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West e.V., KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH und Stadtjugendring Potsdam e.V.

und folgend in Trägerschaft des mitMachen e.V.

Wir, die CULTUS UG (haftungsbeschränkt) / Träger des freiLand Potsdam, erklären unsere Bereitschaft das Büro für Beteiligung in oben genannter Trägerschaft in seiner dreijährigen Modellphase ideell und konzeptionell zu begleiten.

Das Büro für Beteiligung bietet mit seinem auf die Einwohner_innen Potsdams bezogenen partizipativen Auftrag und seiner konzeptionellen Ausrichtung große Schnittmengen zu unserem eigenen Handlungsansatz und wir erkennen daher große Potenziale für eine sinnvolle gemeinsame Synergiebildung.

Daher bekunden wir unseren Willen, das Büro durch einen aktiven Erfahrungsaustausch und durch gezielte Einbindung in von uns organisierte Veranstaltungen in seiner öffentlichen Bekanntmachung und Wirkungsentfaltung zu unterstützen.

Gern möchten wir auch darüber hinaus - innerhalb des uns anheimgestellten Auftrags und der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen - zusammen mit dem Büro Beteiligungsvorhaben entwickeln, umsetzen und evaluieren.

Wir streben an, innerhalb der sechsmonatigen Aufbauphase des Büros mit diesem konkrete Vereinbarungen im erläuterten Sinne abzuschließen.

Mit freundlichen Grüßen


Dirk Harder
CULTUS UG

CULTUS UG (freiLand)

Friedrich-Engels-Straße 22
14473 Potsdam
office@freiland-potsdam.de

Bankverbindung:
Konto-Nr.: 350 700 2603
BLZ: 160 50000
MBS Potsdam

eingetragen beim:
HRG Potsdam: HRB 23680 P
Finanzamt Potsdam:
Steuer Nr.: 046/125/01608

Spenden:
Hinweis: als gemeinnützige Gesellschaft
sind wir berechtigt Spendenbescheinigungen auszustellen

CULTUS UG

Die CULTUS UG (haftungsbeschränkt) ist eine gemeinnützige Unternehmergeellschaft mit zwei Gesellschaftern (Dirk Harder & Achim Trautvetter), welche die Trägerschaft für das komplette freiLand innehat. Dies bedeutet, die CULTUS ist so etwas wie die "Metahausmeisterin" für das Projekt. Auch wenn die meisten Projekte im freiLand autonom und selbstverwaltet laufen, stellt die CULTUS die strukturelle Vernetzungsinstanz dar. Wir besetzen das freiLand-Büro, nehmen die Anfragen an das freiLand entgegen, verwalten die Räume und sind für die Stadtwerke und die Stadt Potsdam der rechtliche Vertragspartner. Unsere Lieblingsaufgabe ist es, den freiLand-Projekten unterstützend unter die Arme zu greifen und durch unsere begleitende Arbeit das gesamte Gelände zu einem pulsierenden lebendigen Ort heranwachsen zu sehen.

Dirk Harder, Achim Trautvetter
office@freiland-potsdam.de

Bankverbindung:
Konto-Nr.: 350 700 2603
BLZ: 160 50000
MBS Potsdam

eingetragen beim:
HRG Potsdam: HRB 23680 P
Finanzamt Potsdam:
Steuer Nr.: 046/125/01608

Spenden:
Hinweis: als gemeinnützige Gesellschaft
sind wir berechtigt Spendenbescheinigungen auszustellen

Verein zur Förderung
innovativer Wohn- und Lebensformen



Anschrift: R. Breitscheidstrasse 164
14482 Potsdam
Telefon: 0331 – 7047 6680
Fax: 0331 – 7047 6681
Mail/ Internet: info@foerderverein-inwole.de
www.projekthaus-potsdam.de
Steuernummer: 046/140/05500

Potsdam, den 21.06.2013

Absichtserklärung zur Begleitung und Unterstützung des Büro für Beteiligung
zunächst in Trägerschaft des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West
und folgend in Trägerschaft des mitMachen e.V.

Der Verein INWOLE im Projekthaus Potsdam erklärt seine Bereitschaft, das Büro für Beteiligung in oben genannter Trägerschaft in seiner dreijährigen Modellphase ideell und konzeptionell zu begleiten.

Das Büro für Beteiligung bietet mit seinem auf die Einwohner_innen Potsdams bezogenen partizipativen Auftrag und seiner konzeptionellen Ausrichtung große Schnittmengen zu unserem eigenen Projektansätzen und wir erkennen daher große Potenziale für eine sinnvolle gemeinsame Synergiebildung.

Daher bekunden wir unseren Willen, das Büro durch einen aktiven Erfahrungsaustausch und durch gezielte Einbindung in von uns organisierte Veranstaltungen in seiner öffentlichen Bekanntmachung und Wirkungsentfaltung zu unterstützen.

Gern möchten wir auch darüber hinaus - innerhalb des uns anheimgestellten Auftrags und der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen - zusammen mit dem Büro emanzipatorische Projekte und Beteiligungsvorhaben entwickeln, umsetzen und evaluieren.

Wir möchten innerhalb der sechsmonatigen Aufbauphase des Büros mit diesem konkrete Vereinbarungen im erläuterten Sinne abzuschließen.

Mit freundlichen Grüßen!

Holger Zschoge
(Koordinator Projekthaus Potsdam)

Koordinatoren:
H. Zschoge 0172-39 40 583
C. Theuerl 0171-85 19 920

Verein zur Förderung innovativer
Wohn- und Lebensformen
R. Breitscheidstrasse 164
14482 Potsdam

Wohn- und Lebensprojekt
Bank für Sozialwirtschaft
Kto. 381 000 1
BLZ. 100 205 00

Der Verein INWOLE organisiert seit rund 8 Jahren vor allem im Projekthaus Potsdam emanzipatorische und internationale Jugendprojekte.

Wir sind Einsatzstelle für ökologische und internationale Freiwilligendienste und betreiben eine Bildungsstätte für politische, kulturelle und soziale Bildung.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist das „Werkhaus“ Potsdam, das einzige Haus der Eigenarbeit in der Region, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft und Alters wieder lernen können, mit den eigenen Händen zu arbeiten und Alltagsprodukte kreativ zu gestalten.

Schon seit Langem engagieren wir uns in der Flüchtlingsarbeit. In Kooperation mit dem Flüchtlingsrat, der seinen Sitz ebenfalls im Projekthaus hat, organisieren wir Qualifikationsprojekte für Flüchtlinge und bieten Raum und Kapazitäten für die Selbstorganisation von Flüchtlingen.

Die Ideen der Partizipation und Emanzipation sind eine elementare Grundlage unserer Projektarbeit. Bei uns passiert nur das, was Menschen wirklich wollen und bei dem auf die Selbstbestimmung der Beteiligten gesetzt wird.

Weitere Informationen zur Arbeit des Vereins finden sie unter:

www.projekthaus-potsdam.de



Diakonisches Werk Potsdam e.V.
- Wildwuchs Streetwork -
Posthofstraße 9
14467 Potsdam



Tel.: 0331 / 740 72 60
Fax: 0331 / 740 72 64
Funk: 0170 / 285 59 63

www.wildwuchs-potsdam.de
streetwork@wildwuchs-potsdam.de

Potsdam, den 28.06.2013

Absichtserklärung zur Begleitung und Unterstützung des Büro für Beteiligung

zunächst in Trägerschaft des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West e.V., Stadtjugendring Potsdam e.V. und KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH und folgend in Trägerschaft des mitMachen. e.V.

Wir erklären unsere Bereitschaft das Büro für Beteiligung in oben genannter Trägerschaft in seiner dreijährigen Modellphase ideell und konzeptionell zu begleiten.

Das Büro für Beteiligung bietet mit seinem auf die Einwohner_innen Potsdams bezogenen partizipativen Auftrag und seiner konzeptionellen Ausrichtung große Schnittmengen zu unserem eigenen Tätigkeitsfeld und wir erkennen daher große Potenziale für gemeinsame Aktivitäten.

Daher bekunden wir unseren Willen, das Büro durch einen aktiven Erfahrungsaustausch und durch gemeinsame Veranstaltungen in seiner Bekanntheit und Wirkung zu unterstützen.

Gern möchten wir auch darüber hinaus - innerhalb unseres Auftrags und der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen - zusammen mit dem Büro Beteiligungsvorhaben entwickeln, umsetzen und auswerten.

Wir streben an, innerhalb der sechsmonatigen Aufbauphase des Büros konkrete Vereinbarungen in diesem Sinne abzuschließen.

i.V. Stephan Mertens

Stephan Mertens
Diakonisches Werk Potsdam e.V.



Wildwuchs Streetwork
Posthofstraße 9
14467 Potsdam
www.wildwuchs-potsdam.de

Potsdam, den 28. Juni 2013

Bankverbindung: EDG Kiel

BLZ: 210 602 37

Konto: 174 777



Wildwuchs Streetwork



Straßensozialarbeit, aufsuchende Arbeit, mobile Jugendarbeit – es gibt viele Bezeichnungen für unseren Ansatz, Jugendliche und junge Erwachsene an ihren Orten aufzusuchen, ihnen zuzuhören und für sie Ansprechpartner zu sein.

Wir betreuen täglich Jugendliche und junge Erwachsene, welche sich in Gruppen im öffentlichen Raum aufhalten und dort größtenteils ihre Freizeit verbringen. Dabei werden sie von anderen Angeboten der Jugendhilfe nicht mehr erreicht oder meiden diese.

Wir stellen den Kontakt zu diesen Gruppen her und streben eine vertrauliche und tragfähige Beziehung zu ihnen an. Wir bieten Beratung und Hilfe in allen Lebensbereichen und helfen dabei Schwierigkeiten zu überwinden und Türen zu öffnen.

Wir entwickeln gemeinsam mit Jugendlichen Perspektiven für ihr Leben und ermutigen sie, ihre Eigenverantwortung wahrzunehmen. Wir helfen bei der Bewältigung des Alltags und stehen ihnen auch in Not- oder Krisensituationen als verlässlicher Partner zur Seite.

Wir thematisieren Probleme wie Sucht, Rassismus, Obdachlosigkeit oder Arbeitslosigkeit. Wir haben immer ein offenes Ohr für Jugendliche und junge Erwachsene.

Mit unserem 5köpfigen Team sind wir regelmäßig in allen Stadtteilen Potsdams präsent. Wir bieten bedarfs- und cliquenorientiert Freizeitaktionen und Projekte an. Wir versuchen den öffentlichen Freiraum für Jugendliche und junge Erwachsene zu erhalten und auszubauen. Wir sind vernetzt mit anderen Jugendhilfeeinrichtungen der Stadt Potsdam und arbeiten in zahlreichen Arbeitskreisen und Fachgremien mit.

Im Rahmen sozialräumlicher und stadtweiter Entwicklungsprozesse bringen wir uns als aktiver und parteilicher Akteur im Sinne unserer Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein. Dabei versuchen wir die Anliegen unserer Zielgruppe so zu transportieren und zu übersetzen, dass wir eine Sensibilisierung für ihre Bedürfnisse in Verwaltung und Öffentlichkeit erreichen. Durch aktive Mitarbeit in gemeinwesenbezogenen Strukturen wollen wir die Lebensbedingungen und – Qualität nicht nur von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verbessern.

Für weitere Informationen:

Diakonisches Werk Potsdam e.V.
Wildwuchs Streetwork
Posthofstraße 9
14467 Potsdam

Tel: 0331 – 740 72 60
Fax: 0331 – 740 72 64

streetwork@wildwuchs-potsdam.de
www.wildwuchs-potsdam.de

Bürgerhaus am Schlaatz, Schilfhof 28, 14478 Potsdam



21.06.13

Absichtserklärung zur Begleitung und Unterstützung des Büro für Beteiligung

zunächst in Trägerschaft des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West e.V., Stadtjugendring Potsdam e.V. und KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH und folgend in Trägerschaft des mitMachen. e.V.

Wir, Bürgerhaus am Schlaatz, erklären unsere Bereitschaft das Büro für Beteiligung in oben genannter Trägerschaft in seiner dreijährigen Modellphase zu unterstützen.

Das Büro für Beteiligung bietet mit seinem auf die Einwohner_innen Potsdams bezogenen partizipativen Auftrag und seiner konzeptionellen Ausrichtung für uns große Möglichkeiten die Bewohner_innen am Schlaatz einzubinden und zu aktivieren.

Von einem aktiven Erfahrungsaustausch und gemeinsamen Veranstaltungen erhoffen wir uns gelungene Beteiligungsmöglichkeiten und eine Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation am Schlaatz.

Wir streben an, innerhalb der sechsmonatigen Aufbauphase des Büros konkrete Vereinbarungen in diesem Sinne abzuschließen.

Steffen Heise
Leiter Bürgerhaus am Schlaatz

Das Bürgerhaus am Schlaatz bietet offen, unkompliziert, freundlich und verlässlich Möglichkeiten, damit Bewohner_innen des Schlaatzes und der Stadt Potsdam kreativ, sportlich, spielerisch, sozial und lernend aktiv werden und an attraktiven, niedrigschwelligen Freizeit- und Kulturangeboten teilnehmen können. Das Bürgerhaus am Schlaatz unterstützt Gruppen, Vereine und Organisationen, so dass sie erfolgreich arbeiten und feiern können.

Bürgerhaus am Schlaatz
Schilfhof 28, 14478 Potsdam
Tel.: 0331/817190
info@buergerhaus-schlaatz.de
www.buergerhaus-schlaatz.de

KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam g.GmbH
Schilfhof 28, 14478 Potsdam

Geschäftsführerin: Barbara Rehbehn

Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische Sparkasse
in Potsdam
BLZ 16050000
Konto-Nr. 35 10 00 00 47

Registergericht:
Amtsgericht Potsdam, HRB 9980
Steuer-Nr. 046/125/00261



**Treffpunkt
Freizeit**

Treffpunkt Freizeit | Am Neuen Garten 64 | 14469 Potsdam

21. Juni 2013

Absichtserklärung zur Begleitung und Unterstützung des Büro für Beteiligung

zunächst in Trägerschaft des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West e.V., Stadtjugendring Potsdam e.V. und KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH und folgend in Trägerschaft des mitMachen. e.V.

Wir, der Treffpunkt Freizeit, erklären unsere Bereitschaft das Büro für Beteiligung in oben genannter Trägerschaft in seiner dreijährigen Modellphase ideell und konzeptionell zu begleiten.

In der Zusammenarbeit mit dem Büro für Beteiligung sehen wir große Chancen, unsere Aktivitäten in der Nachbarschaftsarbeit zu qualifizieren und auszuweiten.

Wir wollen unsere Erfahrungen und Ideen aktiv einbringen und das Büro für Beteiligung durch gemeinsame Veranstaltungen in seiner Bekanntheit und Wirkung zu unterstützen.

Gern möchten wir auch darüber hinaus - innerhalb unseres Auftrags und der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen - zusammen mit dem Büro Beteiligungsvorhaben entwickeln, umsetzen und auswerten.

Wir streben an, innerhalb der sechsmonatigen Aufbauphase des Büros konkrete Vereinbarungen in diesem Sinne abzuschließen.

Uwe Röhling
Pädagogischer Leiter

Der Treffpunkt Freizeit ist ein lebendiger und offener Ort für Kinder, Familien, Erwachsene und Senior_innen in Potsdam. Gemeinsam mit Vereinen, Initiativen und engagierten Menschen gestalten wir ein attraktives und beliebtes Freizeit-, Kultur- und Bildungsprogramm.

Der Treffpunkt Freizeit wird von Kindern gestaltet, von Familien angenommen, von Freiwilligen geprägt und von allen Generationen genutzt. Er ist ein Ort, in dem sich die Menschen aus der Stadt mit Ihren Ideen und Vorhaben aktiv beteiligen können. Mit Offenheit und Freiraum wollen wir dazu beitragen, dass sie sich als gesellschaftlich wirksame Akteure_innen verstehen, die sich auch mit gesellschaftlichem bzw. kommunalem Geschehen auseinandersetzen, dazu Position beziehen und darauf einwirken.



Treffpunkt Freizeit
Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam
Tel.: 0331 5058600
info@treffpunktfreizeit.de
www.treffpunktfreizeit.de

KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam g.GmbH
Schilfhof 28, 14478 Potsdam

Geschäftsführerin: Barbara Rehbehn

Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische Sparkasse
in Potsdam
BLZ 16050000
Konto-Nr. 100 001 3827

Registergericht:
Amtsgericht Potsdam, HRB 9980
Steuer-Nr. 046/125/00261



Projektladen Drewitz - Konrad-Wolf-Allee 27 - 14480 Potsdam

Soziale Stadt Potsdam e.V.

Projektladen Drewitz

Absichtserklärung zur Begleitung und Unterstützung des Büros für Beteiligung

Wir, der Verein Soziale Stadt Potsdam e.V., erklären unsere Bereitschaft das Büro für Beteiligung, zunächst unter der Trägerschaft des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West e.V., KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH und dem Stadtjugendring Potsdam e.V., folgend in Trägerschaft des mitMachen. e.V., in seiner dreijährigen Modellphase ideell und konzeptionell zu unterstützen.

Das Potsdamer Büro für Beteiligung bietet durch seinen partizipativen Auftrag eine große inhaltliche Übereinstimmung zu unserem Leitbild und dem damit verbundenen Handlungsansatz zur Bürgerbeteiligung. Daher bekunden wir unseren Willen das Büro durch einen aktiven Erfahrungsaustausch sowie durch die gezielte Einbindung in von uns organisierte Beteiligungsprozesse zu unterstützen.

Gern möchten wir gemeinsam mit dem Büro für Beteiligung, mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen, Beteiligungsvorhaben entwickeln und evaluieren.

Wir streben an, innerhalb der sechsmonatigen Aufbauphase, mit dem Büro konkrete Vereinbarungen im erläuterten Sinne abzuschließen.

Potsdam, 28.06.2013

Kathleen Walter (Leitung Projektladen)

Soziale Stadt Potsdam e.V. / Projektladen Drewitz

Vereinsregisternummer: VR 6420 P	Geschäftsführerin: Gisela Küller	Kontaktmeister: 330 303 63 11	Anschrift Projektladen: Konrad-Wolf-Allee 27 14480 Potsdam
Sitz des Vereins: Potsdam	Aufsichtsrat: Daniel Beermann (Vorsitzender)	Bankkonto: 180 300 00	Kontakt: Tel.: +49 (0) 331-20 19 704 Fax: +49 (0) 331-20 19 706 projektladen@soziale-stadt-potsdam.de www.projektladen-drewitz.de
Anwälte des Vereins: Müller & Partner 14478 Potsdam	Rechtsrat Dr. Daniela Gassner	Kreditinstitut: Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam	
	Andreas Wenzelstein		

Investition in Ihre Zukunft:
Gestützt durch das Ministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung aus
Mitmachen des Europäischen Sozialfonds und der
Landeshauptstadt Potsdam



Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband
Potsdam e.V.

ARBEITERWOHLFAHRT BEZIRKSVERBAND POTSDAM e.V.
August-Bebel-Straße 86 · 14482 Potsdam

Stadtjugendring Potsdam e.V.
Schulstraße 9
14482 Potsdam

August-Bebel-Straße 86
14482 Potsdam

TEL 0331 73041770
FAX 0331 73041780
info@awo-potsdam.de

www.awo-potsdam.de

03.07.2013



Absichtserklärung zur Begleitung und Unterstützung des Büros für Beteiligung

zunächst in Trägerschaft des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West e.V., KUBUS | Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH und Stadtjugendring Potsdam e.V.

und folgend in Trägerschaft des mitMachen e.V.

Wir, AWO Bezirksverband Potsdam e. V., erklären unsere Bereitschaft das Büro für Beteiligung in oben genannter Trägerschaft in seiner dreijährigen Modellphase ideell und konzeptionell zu begleiten.

Das Büro für Beteiligung bietet mit seinem auf die Einwohner_innen Potsdams bezogenen partizipativen Auftrag und seiner konzeptionellen Ausrichtung große Schnittmengen zu unserem eigenen Handlungsansatz und wir erkennen daher große Potenziale für eine sinnvolle gemeinsame Synergiebildung.

Daher bekunden wir unseren Willen, das Büro durch einen aktiven Erfahrungsaustausch und durch gezielte Einbindung in von uns organisierte Veranstaltungen in seiner öffentlichen Bekanntmachung und Wirkungsentfaltung zu unterstützen.

Gern möchten wir auch darüber hinaus - innerhalb des uns anheimgestellten Auftrags und der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen - zusammen mit dem Büro Beteiligungsvorhaben entwickeln, umsetzen und evaluieren.

Wir streben an, innerhalb der sechsmonatigen Aufbauphase des Büros mit diesem konkrete Vereinbarungen im erläuterten Sinne abzuschließen.

GESCHÄFTSFÜHRERIN Angela Basekow
Eingetragen beim Amtsgericht Potsdam VR-Nr. 435
Steuer-Nr. 046/141/01615

Unterzeichnet von:

A. Basekow

Angela Basekow



Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband
Potsdam e.V.

August-Bebel-Straße 86 · 14482 Potsdam
Telefon 0331 73041770 · Fax 0331 73041780

Potsdam, den 03.07.2013

Kulturhaus Babelsberg

Kulturelle Angebote u. a. Kurse, Workshops, Seminare und Tagungen; Kleinkunstangebote u. a. Kinderveranstaltungen, Theater, Konzerte, Kulturfilm, Ausstellungen und Lesungen, Vermietung von Räumlichkeiten

AWO Bürgerhaus Bornim

Enge Zusammenarbeit mit den im Haus vertretenen Vereinen und Gemeinschaften, Vermietung der Vereinsräume und Sporthalle für Veranstaltungen, sowie sportliche Aktivitäten; Angebote: Tanzkurse, Sportkurse, Keramikkurs, Feste, Spielenachmittage, Yoga, Volleyball, „Freizeittreffpunkt für Senioren“

AWO Begegnungsstätte

Angebote: Feste, Ausflüge, Gymnastik, Tanz, Gesang, Handarbeit, Gedächtnistraining, Spielenachmittage, Vorträge und mehr, Vermietung der Räumlichkeiten

Seniorenfreizeitstätte

Angebote: Gymnastik, Gedächtnistraining, Theatergruppe, Vorträge, Busfahrten, Tanzveranstaltungen, Englischkurse und Ausflüge für Rentner, Vorruheständler, Invaliden und Altersrentner, Arbeitslose u.a.

Ehrenamtsagentur

Vermittlung und Betreuung Ehrenamtlicher



GROSSGLIENICKER BEGEGNUNGSHAUS

Alles für Alle. Und Alle unter einem Dach.

Groß Glienicker Begegnungshaus e.V.
Glienicker Dorfstr. 2 D-14476 Potsdam

Absichtserklärung zur Begleitung und Unterstützung des Büros für Beteiligung

zunächst in Trägerschaft des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West e. V.
und folgend in Trägerschaft des mitMachen e. V.

Wir, das Groß Glienicker Begegnungshaus e. V., erklären unsere Bereitschaft, das Büro für Beteiligung in oben genannter Trägerschaft in seiner dreijährigen Modellphase ideell und konzeptionell zu begleiten.

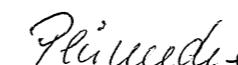
Das Büro für Beteiligung bietet mit seinem auf die Einwohner/innen Potsdams bezogenen partizipativen Auftrag und seiner konzeptionellen Ausrichtung große Schnittmengen zu unserem eigenen Tätigkeitsfeld und wir erkennen daher große Potenziale für sinnvolle gemeinsame Aktivitäten.

Daher bekunden wir unseren Willen, das Büro durch einen aktiven Erfahrungsaustausch und durch gezielte Einbindung in von uns organisierte Veranstaltungen in seiner Bekanntheit und Wirkung zu unterstützen.

Gern möchten wir auch darüber hinaus - innerhalb unseres Auftrags und der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen - zusammen mit dem Büro Beteiligungsvorhaben entwickeln, umsetzen und auswerten.

Wir streben an, innerhalb der sechsmonatigen Aufbauphase des Büros konkrete Vereinbarungen in diesem Sinne abzuschließen.

Unterzeichnet von:


.....
Erika Plümecke

Potsdam, 02. Juli 2013

STAATLICH ANERKANNTER TRÄGER DER JUGENDHILFE

Glienicker Dorfstr. 2 – D – 14476 Potsdam – Ortsteil Groß Glienicker – Telefon 033201/20964 - Telefax 033201/40416
Internet: www.begegnungshaus-ev.de - E-Mail: info@begegnungshaus-ev.de
Bankverbindung: Mittelbrandenburgische Sparkasse BLZ 160 500 00 Konto 350 2000 238

A photograph of a young child sitting on a wooden deck, playing with large white wooden letters. The letters spell out "SOMMERFEST". There are also some smaller, colorful letters and chalk pieces scattered around. A red bucket and a metal tray are visible on the left. The background shows a grassy hillside.

7. IMPRESSUM

Impressum

Das vorliegende Konzept wurde erstellt von:

Barbara Rehbehn

Daniel Zeller

Katharina Tietz

Kay-Uwe Kärsten

Stephanie Pigorsch

Thomas Geissler

Gestaltung:

Kati Schiemann, www.katischiemann.de

Benjamin Maltry

Fotos:

Benjamin Maltry, www.benjamin.maltry.de

Für das Konzept zeichnet verantwortlich:

Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.

Geschwister-Scholl-Straße 51

14471 Potsdam

Tel.: 0331-588 12 600

www.stadtteilnetzwerk.de

info@stadtteilnetzwerk.de

